

UiD

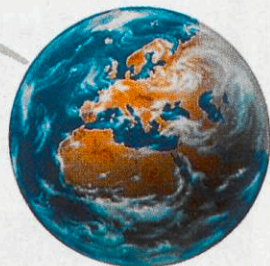
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 24. Oktober 1996

32/1996



**Handeln
für die Zukunft**

CDU



8. Parteitag
der CDU
Deutsch-
lands
20. - 22.
Oktober
1996
Hannover

**Helmut Kohl: Wir wollen
einen Staat und eine
Gesellschaft, in der die
Menschen gerne leben**

Bericht des Parteivorsitzenden: Seite 4-27





In dieser Ausgabe:



● Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen einen Staat und eine Gesellschaft, in der die Menschen gerne leben. Bericht des Parteivorsitzenden. Seite 4–27.

● Generalsekretär Peter Hintze:

Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert. Bericht des Generalsekretärs und Einführung in den Antrag des Bundesvorstands zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU. Seite 28–35.



● Parteitagsbeschluß

Gleichstellung von Frauen und Männer in der CDU. Beschluß über die Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU im Wortlaut. Seite 37–39.



● Brigitte Baumeister:

Wir müssen die Einnahmesituation unserer Partei verbessern. Bericht der Bundesschatzmeisterin. Seite 40–43.

● Wahlen zum Bundesvorstand

Die Ergebnisse. Seite 44–45.



Fotos: Laurence Chaperon

● **Laudatio auf Helmut Kohl**

Norbert Blüm: Das Geheimnis Ihres Erfolges: daß Sie die Menschen gern haben. Seite 46–48.

● **Günter Rinsche:**

Ein starkes Europa braucht starke und handlungsfähige Institutionen. Schriftlich vorgelegter Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. Seite 49–55.

● **Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:**

Ich plädiere für eine Weiterentwicklung des Systems. Ich kenne kein besseres. Zwischenbericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“. Seite 56–63.

● **Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Das Ergebnis unserer Diskussionen muß aufgearbeitet und in die Partei hineingetragen werden. Schlußwort des Parteivorsitzenden. Seite 64 bis 67.



● **Dokumentation:**

Ausbildung für die Zukunft der Jugend. Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes zur beruflichen Bildung durch Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Wortlaut des Parteitagbeschlusses. Innenteil.

Diese Dokumentation ist auch als Broschüre erhältlich. Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1164, 33759 Versmold, Fax: 05423/41521., Bestell-Nr.: **5222**, Verpackungseinheit: 100 Expl. Preis je 100 Expl.: 20,- DM zzgl. MwSt. und Versand

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen einen Staat und eine Gesellschaft, in der die Menschen gerne leben

„Handeln für die Zukunft“ ist das Thema dieses Parteitags. Wir knüpfen mit diesem Thema bewußt an unseren letzten Bundesparteitag in Karlsruhe an. Dieses Thema drückt auch das aus, was die Menschen in Deutschland von den demokratischen Parteien und insbesondere von uns, der CDU, erwarten. Sie wollen ganz einfach, daß wir für unser Land eine gute Zukunft sichern. Sie wollen, daß sie die Chance haben, ihr persönliches Glück selbst zu gestalten. Sie wollen vor allem, daß wir endlich in allen Bereichen zur Kenntnis nehmen, daß sich die Welt um uns herum dramatisch verändert und daß wir in Deutschland dennoch fähig sind, eine menschliche Gesellschaft zu bewahren.

Die großen Themen dieses Parteitages leiten bereits über in das nächste Jahrhundert, denn das, was wir hier heute und morgen beschließen, wollen wir auf dem Parteitag im nächsten Jahr, 1997, fortführen und weiter ausarbeiten. Dies wird die Plattform sein für das Wahljahr 1998. Wir müssen uns klarmachen, daß der übernächste Bundestag im Jahre 2002 gewählt wird. In diesen Zahlen schwingt viel mit: Ende des Jahrhunderts, Ende des Jahrtausends.

Es ist eine Zäsur, und nicht nur eine Zäsur im Ablauf der Kalendertage, sondern es geht eine Epoche zu Ende, und dies wird

für jedermann, der es kann und will, erkennbar. Deshalb hat Christian Wulff ganz recht, wenn er uns eben mit großer Leidenschaft aufgerufen hat, jetzt die Weichen für morgen zu stellen, und zwar richtig zu stellen, jetzt nicht auf Besitzständen zu verharren, sondern die notwendigen Entscheidungen zu diskutieren, zu erarbeiten und dann durchzusetzen. Ich denke, die wichtigste Botschaft dieses Parteitages nach draußen muß sein: Dies wollen wir, und niemand wird uns daran hindern, und schon gar nicht die deutschen Sozialdemokraten.

Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

Die Strategie der SPD ist klar. Sie will Stillstand, sie will uns am Handeln hindern, sie will Unzufriedenheit, sie will mit einer Politik der totalen Obstruktion im Bundesrat den Machtwechsel 1998 erzwingen. Das Wohl des Landes ist ihr dabei ziemlich gleichgültig, und wer mit in den Bundesländern verantwortlichen SPD-Kollegen unter vier Augen spricht, weiß auch, daß viele von ihnen sehr genau sehen, daß dieser Kurs der eigenen Partei eigentlich unerträglich ist.

Helmut Kohl: Wir haben vor vielen Jahren über die „Lagertheorie“ gestritten. Jetzt brauchen wir nicht mehr zu streiten: Rot und Grün bilden ein Lager. Es geht für 1998 ganz einfach darum, daß Rot-Grün – erforderlichenfalls mit Hilfe der PDS – an die Macht will.

Es geht der SPD-Führung um die Macht um jeden Preis. Dieser Machtwechsel wird der SPD nicht gelingen. Jeder – auch bei uns – muß wissen, worum es jetzt geht. Wir haben vor vielen Jahren über die „Lagertheorie“ gestritten. Jetzt brauchen wir nicht mehr zu streiten: Rot und Grün bilden ein Lager. Es geht für 1998 ganz einfach darum, daß Rot-Grün – erforderlichenfalls mit Hilfe der PDS – an die Macht will. Das ist die einfache Feststellung, von der wir ausgehen müssen.

Wenn der Sprecher der Grünen im Bundestag vor einigen Tagen auf einer Tagung öffentlich sinngemäß sagte – ganz ehrlich, wie ich finde –: Es ist wichtig, daß wir – die Grünen – uns auf 1998 konzentrieren, nicht auf irgendein Sachthema, sondern auf die Machtfrage!, dann haben wir einen

klaren Ausweis dieser These. Sie wollen eine Koalition bilden. Und wenn es nicht reicht, wird Grün-Rot ungeachtet aller bisherigen Erklärungen und Beteuerungen mit Hilfe der PDS versuchen, an die Macht zu kommen. Das haben sie in Sachsen-Anhalt schon praktiziert.

Wer aufmerksam ins Land schaut, sieht, wie von rot-grüner Seite überall die Hemmschwellen gegenüber der PDS systematisch abgebaut werden. Dies ist gerade in Brandenburg – und dieser Platz ist mit Blick auf den dortigen Ministerpräsidenten besonders symptomatisch – erneut geschehen: Dort wird der Religionsunterricht aus den Schulen entfernt. Das haben wir in Deutschland schon einmal erlebt. Die Folgen kennen wir alle. Und ich finde, es gibt viel zuwenig Stimmen gegen diesen Skandal.

Wir müssen das den Menschen sagen: Wir haben es zweimal in diesem Jahrhundert erlebt, in einer braunen und in einer roten Diktatur.

Wir wurden heute früh vom Landesbischof von Hannover in einem Rückblick auf die Einführung des damaligen Bischofs vor 50 Jahren an die Zeiten erinnert, in denen diese Kirche ohne Dach war. Es war ein Neuanfang.

Wir wollen auch im Sinne unseres Verfassungsverständnisses, daß Kinder in deutschen Schulen Unterricht auch im Glauben an Gott erhalten, wenn sie und ihre Eltern dies wünschen.

In Brandenburg ist gerade geschehen, daß eine Frau, die das SED-Unrecht legitimiert hat, zur Hüterin einer demokratischen Verfassung gemacht wurde.

Es geht nicht darum, ob jemand dazugelernt hat; das ist wünschenswert, ist lobenswert. Es geht darum, ob er schon glaubwürdig ist. Es ist allerdings fraglich, ob der erste Schritt auf diesem Weg gleich „Hüterin der Verfassung“ sein muß, weil doch so viele Fragen offenbleiben und ich in bezug auf eine mittel- und langfristige Personalpolitik bei dieser Entscheidung nicht nur den heutigen Tag, sondern auch die Zeit vor uns sehe. Wir sollten auf jeden Fall wachsam sein!

Wir, die Union, werden die PDS mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen. Sie ist die Nachfolgepartei der SED, die so viel Unglück über unser Land gebracht hat. Das müssen wir immer wieder deutlich sagen, auch jenen in den Medien, die die „Vortänzer“ dieser Gruppe, weil sie besonders unterhaltsam sind, dem deutschen Publikum fortwährend vorführen, ohne die Wahrheit zu sagen.

Es geht nicht darum, Menschen, die sich geirrt haben, den Weg dorthin fanden, den Weg zu den Demokraten und zu demokra-

tischen Institutionen zu versperren. Wir wollen möglichst viele Wähler der PDS für uns gewinnen. Aber wir wollen deutlich sagen, daß mit den PDS-Kadern keine Gemeinsamkeit möglich ist.

Herr Oberbürgermeister, ich habe mich eben gefreut, daß Sie hier den Namen Kurt Schumachers erwähnt haben. Für meine Begriffe gehört er zu denen, von denen in Deutschland viel zuwenig gesprochen wird, in seiner eigenen Partei wie überhaupt unter Demokraten. Er war eine der großen Gestalten der deutschen Politik in diesem Jahrhundert. Er hat in den bitteren Jahren seiner Haft in Konzentrationslagern niemals seinen Glauben an die Freiheit aufgegeben, und er war bis zu seinem Todestage einer der erbittertsten Gegner jeder kommunistischen Diktatur in der Welt. Das haben wir nie vergessen.

Es ist also klar, was auf uns zukommt. Deswegen erwarte ich von einem jeden in der CDU, und zwar in allen Bereichen, in den Orts-, in den Kreis-, in den Bezirks- und Landesverbänden, daß wir diesen Weg gemeinsam gehen, daß wir ihn mit Mut, mit Sachverstand und mit Offenheit gehen, daß wir in einer freundschaftlich-kameradschaftlichen Weise zusammenstehen und daß wir vor allem kämpfen, nicht indem wir jetzt auf diesem Parteitag bloß proklamieren „Wir werden kämpfen“ – das können wir uns sparen –, sondern indem wir hinausgehen und das Notwendige vor Ort in den Betrieben, in Stadt- und Gemeinderäten, in den Landtagen, im Bundestag, überall dort, wo wir unseren Mann, unsere Frau zu stehen haben, tun.

Wichtig ist – anknüpfend an das, was wir heute beim ökumenischen Gottesdienst gehört haben –, daß wir auch sagen: Danke! Ich will Dank sagen all jenen, die in dieser Zeit hilfreich waren, hilfreich sind, den vielen Tausenden unserer Freunde und

Anhänger in Stadt und Land, die zu uns stehen, die zu mir stehen – ich sage das auch sehr persönlich –, die unsere Politik überhaupt erst möglich machen, die uns tragen – und manchmal auch ertragen, wenn sie morgens die Zeitung aufschlagen – und die das Gefühl haben sollen, daß wir zusammengehören.

Ich nenne die Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion, denen ich sehr herzlich dafür danke, daß sie in einer sehr schwierigen Zeit ihre Pflicht tun. Es ist ein Amt, das oft nicht die angemessene Anerkennung findet. Ich nenne für alle in der Bundestagsfraktion unseren Freund Wolfgang Schäuble.

Ich danke Wolfgang Schäuble ganz einfach für seinen Dienst. Dieses alte, preußisch zu verstehende Wort ist ein gutes Wort. Wolfgang Schäuble leistet unserer Sache, unserer Ideengemeinschaft einen Dienst. Er tut dies in einer ganz un-nachahmlichen Weise, mit einem persönlichen Einsatz und einem Engagement, das auch mich an manchen Tagen staunen macht. Er tut es mit Sachverstand und Ironie, zupackend und kämpferisch. Ich möchte eigentlich wünschen, daß dies für viele ein gutes Beispiel ist. Lieber Wolfgang, herzlichen Dank!

Ich danke auch unseren Mitarbeitern in der Partei sehr herzlich, auch und vor allem den hauptamtlichen Mitarbeitern, die draußen im Lande in den Kreis-, Bezirks- und Landesgeschäftsstellen arbeiten. Ich danke vor allem auch den Mitarbeitern im Adenauer-Haus. Dabei nenne ich an erster Stelle unseren Freund Peter Hintze, unseren Generalsekretär, der in der ihm eigenen Weise seinen Dienst tut, enorm engagiert und mit der ganzen Besorgtheit eines Mannes, der als Theologe um die Fragen der Menschen in ihrem Alltag weiß. Er hilft uns auch in einer ganz hervorragenden Weise in der Praxis unserer Politik. Mit ihm zusammen nenne ich unseren Freund Hans-Joachim Reck, den Bundes-

geschäftsführer, der am Ende dieses Monats eine andere Funktion in der Wirtschaft übernimmt und der uns als ein gelernter Verwaltungsmann viel geholfen hat. Auch dafür vielen herzlichen Dank, Hans-Joachim Reck!

Ich danke den Freunden und Kollegen aus den Bundesländern. Ich danke denen, die in der Landespolitik in Opposition stehen; das ist keine leichte Sache. Ich danke ebenso denen, die in der Regierungsverantwortung stehen; das ist auch keine leichte Sache. Es ist nicht leicht, die mittlere Linie zu finden, wenn es zum einen um die Interessen des eigenen Bundeslandes, für das man Verantwortung trägt – das entspricht auch dem Amtseid, und zum anderen um das geht, was im gesamt-staatlichen Interesse zu tun ist. Herzlichen Dank für die Unterstützung gerade jetzt im Bundesrat, wo die Dinge schwieriger sind als in früheren Zeiten.

Ich danke unseren Freunden aus der CSU ganz herzlich, allen voran – ich will es jetzt schon sagen; er kommt morgen früh zu uns – dem Vorsitzenden der CSU, dem Bundesfinanzminister Theo Waigel. Ich sage diesen Dank gerade in diesen Tagen besonders gerne, weil das Amt eines Bundesfinanzministers nie ein Amt ist, das viele Lorbeeren bringt. Es wird jetzt zwar erzählt, zu Fritz Schäffers Zeiten sei das anders gewesen; ich kann mich aber nicht erinnern – ich war damals immerhin schon dabei –, daß Fritz Schäffer in Danksagungen untergegangen ist.

Als er aus dem Amt geschieden war, haben sich die Danksagungen dann langsam eingestellt, nicht zuletzt deshalb, weil viele, die nach ihm kamen, an seinem Maß nicht zu messen waren. Ich bin froh, daß wir in Theo Waigel einen Finanzminister haben, der in der ihm eigenen Art, manchmal mit einem herben Charme, aber immerhin mit Charme, sein Amt wahrnimmt, der heftig reagieren kann, weil er mit Leidenschaft bei der Sache ist, der aber – dies

sage ich mit Nachdruck und mit Nachdenklichkeit – ein verlässlicher Mann ist. Was wollen wir in der Politik eigentlich mehr, schon gar bei einem Finanzminister, als daß man sagen kann: Er ist ein verlässlicher Mann! Herzlichen Dank an Theo Waigel!

Die Koalition von CDU, CSU und FDP hat in den vergangenen 14 Jahren gute Arbeit geleistet. Wir haben große Erfolge erungen. Wir haben auch Fehler gemacht. Wir haben gemeinsam schwierige Zeiten durchgestanden. Wir alle haben aber gelernt – das will ich gerade heute betonen –, daß in einer Koalition die Sache nur gutgeht, wenn alle – das heißt in unserem Fall konkret CDU, CSU und FDP – wissen, daß sie nur gemeinsam erfolgreich sein können. Wir wissen auch – das sollten wir an keinem Tag vergessen –, daß in einer Koalition jeder Partner dem anderen den notwendigen Anteil am gemeinsamen Erfolg gönnen muß. Es ist wahr, daß unsere Koalition ungeachtet aller Erfolge in der einen oder anderen Frage natürlich noch verbesserungsfähig ist. Warum auch nicht? Das Ziel aber – dies sei deutlich gesagt – ist klar. Wir wollen die Koalition der Mitte auch nach 1998 fortsetzen, im Sinne einer klaren Antwort auf Rot-Grün und PDS. Das müssen die Deutschen wissen.

Wir als CDU wollen den Menschen eine klare, eine nüchterne, eine verlässliche Perspektive eröffnen, eine Perspektive, die sie zu Recht einfordern können. Wir haben durch unsere Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten bei der Mehrheit der Menschen ein Vertrauenskapital erarbeitet. Dieses Kapital wollen wir weiter ausbauen.

Ich spreche von Vertrauen. Vertrauen fliegt einem nicht zu. Vertrauen muß erworben, ja erarbeitet werden. Vertrauen muß erhalten werden. Das heißt für uns

auch nach 14 Jahren Regierungsverantwortung, daß wir fähig sein müssen, auf die Menschen zuzugehen, ihre Sorgen aufzunehmen, sie zu verstehen, mit einem Wort: nicht verschlossen zu sein, abgehoben zu sein, sondern sich den Menschen zuzuwenden und sie gewissermaßen abzuholen, also nicht zu warten, bis sie zu uns kommen. Die Bürger erwarten von uns eine verlässliche Politik. Verlässliche Politik – das hat sich in diesen Zeiten einmal mehr deutlich gezeigt – ist nur möglich, wenn sie ehrlich ist. Eine ehrliche Politik kann und muß auch unbequeme Politik sein. Viele im Lande – ich behaupte, daß dies für die Mehrheit im Lande gilt – haben längst erkannt, daß wir so wie bisher einfach nicht weitermachen können. Die These „Weiter so!“ ist eine These von vorgestern. Jetzt gilt es, Zukunft zu sichern. Das ist die entscheidende Voraussetzung auch für den Erfolg.

Die Menschen erwarten eine verlässliche Antwort auf komplizierte Fragen. Damit stellt sich das Problem ein, komplizierte Fragen, sehr schwierige Sachverhalte in einfache Formeln zu gießen und verständlich zu machen, und zwar so, daß diese Formeln nicht unrichtig werden.



Ich will ein Zweites nennen. Dies sage ich auch im Blick auf manche Stimme in der Öffentlichkeit. Wir wollen mehr Demokratie wagen – so lautete die große Verheißung der 60er Jahre. Demokratie heißt Diskussion, heißt Offenheit, heißt miteinander sprechen, heißt miteinander diskutieren und kontroverse Meinungen austragen.

Aber gleichzeitig lese und höre ich: Das muß sofort entschieden werden! – Doch beides auf einmal geht nicht – eine breite Diskussion **und** eine sofortige Entscheidung! (Wie heißt doch dieses blöde Wort? „Das muß zur Chefsache gemacht werden.“)

Wenn man eine Steuerreform machen will und machen muß – und wir wollen dies, und wir machen dies –, dann muß man die ganze Breite der Gegensätze erst einmal in Rechnung stellen. Wir sind eben eine Volkspartei, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerkschaftler und Unternehmer, Mittelständler, Bauern, Beamte, Junge und Alte, Frauen und Männer ihre politische Heimat haben. Deren Interessen müssen diskutiert werden können, und deswegen erwarte ich, daß wir diese Diskussion auch führen und uns dieser Diskussion nicht schämen. Damit meine ich natürlich eine Diskussion in einer Um-

gangsform, bei der auch in der eigenen Partei die andere Meinung respektiert wird. Manche haben ja beinahe eine sadistische Freude daran, immer noch einen drauf zu setzen. Vielleicht sollte der eine oder andere einmal nichts sagen.

Aber damit das nicht mißverstanden wird: Was ich meine, ist kein Denkverbot. Ich meine, daß wir offen miteinander um den besten Weg ringen und ihn finden.

Unsere Chancen sind gut. Wenn wir den Menschen in Deutschland unsere Vision vom wiedervereinigten Deutschland und vom sich einigenden Europa zeigen, wenn wir deutlich machen, daß das nicht ein alter, sondern ein junger Kontinent mit Zukunft ist, dann haben wir unsere Chancen.

Wenn wir mehrheitsfähig bleiben wollen, müssen wir bei dem bleiben, was sich immer als richtig erwiesen hat. Wir bleiben die Partei der Mitte. Von den Extremen von rechts und von links ist für unser Volk nie etwas Gutes gekommen.

Mitte heißt aber auch Augenmaß und Ab-sage an Radikallösungen. Mitte heißt für uns, daß wir Volkspartei sind und nicht einseitig für diese oder jene Gruppe im Land Partei ergreifen. Darin wollen wir

U



uns auch in Zukunft von anderen unterscheiden. Wir konzentrieren uns nicht auf ein bestimmtes Milieu oder auf eine bestimmte Klientel. Wir lehnen es ab, Junge gegen Alte, Ost gegen West, Unternehmer gegen Arbeitnehmer auszuspielen. Um es ganz einfach zu sagen: Als Volkspartei wollen wir uns weder aus der Gewerkschafts- noch aus der Arbeitgeberzentrale bestimmen lassen. Wir haben das Ganze im Blick, und das soll so bleiben.

Christian Wulff hat eben – und ich fand das gut – hier den unvergeßlichen 76er Bundesparteitag in Erinnerung gerufen. Er hat gesagt, wir haben die Idee der deutschen Einheit nie aufgegeben. Wir haben die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mit Hilfe unserer Freunde und Partner in der Welt sowie mit Unterstützung der Menschen in der damaligen DDR durchgesetzt. Und auch das muß wieder einmal deutlich werden, nicht nur hier, sondern überall in den Kreisverbänden:

Wir werden überall dort, wo wir es können, jene bekämpfen, die jetzt die Geschichte verfälschen und umschreiben wollen. Viele von denen wollen nur ihren damaligen Verrat an der Idee der Einheit und der Zukunft unseres Volkes vertuschen.

Um so größer ist unser Respekt vor denen, die sich der kommunistischen Diktatur nicht beugten, die sich dem SED-Regime mutig entgegenstellten. Viele von ihnen wurden ausgebürgert, eingesperrt, verfolgt. Sie sind uns in der CDU ganz besonders willkommen. Ich finde es ganz unerträglich, daß heute immer weniger von der Unmenschlichkeit des SED-Regimes gesprochen wird. Wer einmal die Käfige im Zuchthaus von Bautzen gesehen hat, den lassen diese Bilder nie mehr los. Wir haben das nicht vergessen!

Mehr als jede andere Partei sind wir im Westen wie im Osten Deutschlands als Volkspartei der Mitte verankert. Ich sage

auch dies mit Bedacht: Wir sind auch für jene offen, die sich nach ihren Lebenserfahrungen von der SED-Diktatur abgewandt haben und die sich jetzt – und zwar ganz eindeutig – auf den Weg zur freiheitlichen Demokratie gemacht haben. Jenseits aller parteipolitischen Überlegungen müssen wir uns als die einigende Kraft auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands begreifen. Dazu gehört auch in der Partei – zwischen den Landesverbänden der Partei in Ost und West –, daß wir aufeinander hören, daß wir voneinander lernen und daß niemand glaubt, er besitze das Monopol auf Wahrheit.

Diejenigen, die – wie ich und die meisten hier im Saal – das Glück hatten, im Westen auf der Sonnenseite deutscher Geschichte zu leben, müssen zuhören und auf unsere Freunde, auf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den neuen Ländern zugehen. Aber auch die Menschen in den neuen Ländern müssen zuhören und erfahren, daß das, was in Westdeutschland, in der alten Bundesrepublik, aufgebaut wurde, jahrelange Arbeit, Fleiß und viel Hingabe erfordert hat, daß dieser Wohlstand nicht über Nacht gekommen ist. Mit einem Wort, wir müssen zusammenstehen und zusammen in die Zukunft gehen.

Ich glaube aber, das Allerwichtigste ist jetzt – so schwer dies im Alltag sein mag –, daß wir angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland die Herausforderungen nüchtern und realistisch erkennen und daß wir vielleicht einmal wieder beginnen, uns an nüchternen Zahlen, die nicht parteipolitisch sind, sondern die eben objektiv Sachverhalte beschreiben, zu orientieren.

Als ich 1930 geboren wurde, lebten auf der Erde 2 Milliarden Menschen. 1950, im Jahr meines Abiturs, waren es 2,5 Milliarden. Heute sind es 6 Milliarden. Das spricht sich

so einfach, aber wer aufmerksam die globalen Entwicklungen beobachtet, sieht, welche dramatischen Folgen das für die Weltgesellschaft in vielen Bereichen hat.

Weltweit nehmen die ökologischen Herausforderungen zu. Die Frage des Schutzes der Erdatmosphäre ist nicht nur eine Frage, die ich bei meinen Besuchen mit dem Präsidenten Brasiliens oder in ein paar Tagen mit dem Präsidenten Indonesiens bespreche; das sind die beiden Länder, in denen die größte Fläche an Regenwäldern noch erhalten ist. Nein, es ist auch unsere Frage. Wenn die Regenwälder dort verschwinden, wird sich das Klima hier in Hannover dramatisch verändern.

Wenn wir das endlich begreifen, ist das eine ganzheitliche Betrachtung der Welt sowie der Entwicklungen mit ihren Folgen und Konsequenzen für uns.

Die Exportnation Deutschland erlebt, wie in China, in Südkorea, in Indonesien und in vielen anderen ostasiatischen Regionen neue Herausforderungen für uns entstehen, wirtschaftlich und technologisch, wie traditionelle Konkurrenten, die USA, Japan und unsere westeuropäischen Nachbarn, ihre Stärken ausbauen und wie sich mitten in Europa, vor unserer Haustür, in Mittel- und Osteuropa, neue Konkurrenten entwickelt haben.

Als Folge der weltpolitischen Veränderungen, und zwar der erfreulichen weltpolitischen Veränderungen, drängen heute – und das ist eine eindrucksvolle Zahl – rund 2 Milliarden Menschen aus den ehemals geschlossenen sozialistischen Systemen mit ihrer Arbeitskraft und mit ihren Produkten auf die Weltmärkte. Wer in Deutschland über die Sozialpolitik des Alltags diskutiert, etwa über die Lohnfortzahlung, muß dies endlich zur Kenntnis nehmen, wenn wir Zukunft haben wollen.

Die Europäische Union mit ihren 370 Millionen Menschen entwickelt sich zu einem der großen wirtschaftlichen und weltpoli-

tischen Akteure des kommenden Jahrhunderts. Und in Deutschland? Auch hier sind doch die Veränderungen unübersehbar. Der weltweite Trend zur Informationsgesellschaft stellt unser Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungssystem auf den Prüfstand. Es gibt dramatischste Veränderungen und Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung unseres Landes – mit enormen, überhaupt nicht vermeidbaren Konsequenzen für das Sozialsystem und für das Verhältnis der Generationen untereinander.

Das müssen wir den Menschen sagen, wenn wir die konkreten Einzelfragen der Politik ansprechen.

Zu dieser Veränderung gehört die Vollenendung der inneren Einheit, die Jahre dauern wird. Dabei haben wir inzwischen lernen müssen, daß es nicht nur um die materiellen, sondern vor allem auch um die immateriellen Fragen geht. Das Auseinanderleben in 40 Jahren bereitet uns weit größere Probleme als wir – und auch ich – angenommen haben.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für uns angesichts von fast vier Millionen Arbeitslosen die innenpolitische Frage Nummer eins. Wir können diesen Problemen und Fragen nicht ausweichen, aber wir können sie anpacken, und wir können in vielen, vielen Einzelfällen Fortschritte erzielen.

Wir haben lernen müssen, daß die Globalisierung der Weltwirtschaft unvermeidlich ist. Wir haben gelernt, daß die nationalen Grenzen zunehmend an Bedeutung verlieren, ich sage: Gott sei Dank.

Wir erleben, daß große Unternehmen auch in diesem Land weltweit operieren müssen, damit ihre Stammhäuser überleben können. Dies alles hat doch Konsequenzen. Wir haben vor allem bei der internationalen Arbeitsteilung und bei den Lohnkosten lernen müssen, daß wir einen

internationalen Wettlauf um die niedrigsten Löhne nicht antreten können und wollen.

Aber: Wir können doch auch nicht zulassen, daß immer mehr Arbeitsplätze zu hohen Arbeitskosten zum Opfer fallen. Wenn die Arbeitsstunde eines Entwicklungsingenieurs für Nachrichtentechnik – dies ist, wenn Sie so wollen, der Prototyp eines Zukunftsberufes – in Deutschland jetzt 135 DM, in England 99 DM und in Ungarn 54 DM kostet und wenn in Indien in Großlabors eines Weltkonzerns aus Deutschland – ich habe dort erstklassig ausgebildete Ingenieure gesehen – der Stundenlohn 35 DM beträgt, dann haben wir doch Tatsachen, die nicht von der Hand zu weisen sind.

Es darf uns dann doch nicht wundern, daß es immer wieder Unternehmer gibt, die sagen: Wir müssen angesichts dieser Lohnkostenunterschiede ins Ausland gehen. Ob das immer so sein muß, ist dann eine zweite Frage, die man ebenfalls diskutieren muß.

Wir können es uns nicht länger leisten, daß Forschung und Entwicklung als Quellen künftiger Arbeitsplätze und Einkommen aus dem Land verlegt werden. Das heißt – das ist doch keine Frage nur der CDU, der SPD, der FDP oder einer anderen Partei –, daß wir gemeinsam fähig sein müssen, als Bürger dieses Landes vorurteilslos darüber nachzudenken, wie wir Arbeitskosten senken können, ohne Einkommen abzubauen und wie wir zu flexibleren Arbeitszeiten kommen können

Jeder weiß doch: Die Chancen sind überhaupt noch nicht ausgeschöpft. Wir müssen wissen, daß die Globalisierung der Märkte die weltwirtschaftlichen Gewichte rasant verschiebt. Ich will die Zahlen hier bringen und bitte dazu besonders um Ihre Aufmerksamkeit: Der Anteil der jungen

ostasiatischen Industrieländer am Welt-handel hat sich seit 1970 vervierfacht, und zwar von zweieinhalb Prozent damals auf 10 Prozent heute. Im gleichen Zeitraum ist der deutsche Anteil von 12 Prozent auf 9 Prozent geschrumpft, und die Tendenz geht nach unten. Das muß gestoppt werden, und zwar nicht mit Geschrei und Transparenten, sondern mit gemeinsamen Taten.

Diese Zahlen müßten uns nachdenklich stimmen, denn immerhin hängt noch jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export ab. Viele unserer Unternehmen haben sich auch in der Vergangenheit bequem auf westeuropäischen Exportmärkten eingerichtet. Sie haben – das ist doch wahr, man kann es doch sagen – auch Wachstumsregionen außerhalb Europas vernachlässigt.

Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir sehr früh gewarnt haben. Das Asien-Konzept und das Lateinamerika-Konzept, das nicht zuletzt die Bundesregierung unter meiner Führung entwickelt hat, hätte schon früher auch von anderen entwickelt werden können. In allen Regionen der Welt – das ist doch die eigentlich wichtige Frage für uns – herrscht Aufbruchstimmung, nicht Weltuntergangsstimmung. Es herrscht Aufbruchstimmung, und zwar auch vor unserer Haustür unmittelbar in Mittel- und Osteuropa.

Der Konkurrenzdruck aus diesen Ländern kann doch kein Grund dafür sein, daß wir uns abschotten; denn diese Konkurrenten sind doch auch zugleich unsere Kunden.

Die deutsche Ausfuhr – das will ich einmal bei der Gelegenheit in Erinnerung rufen – in die Länder Mittel- und Osteuropas ist trotz des Endes des Warschauer Pakts und trotz der dramatischen Umbrüche in den Jahren 1989 und 1990 höher als vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. 1989 exportierten die Bundesrepublik und die damalige DDR zusammen in diese Länder

Waren im Wert von 33 Milliarden DM. Heute sind es 45 Milliarden DM, und die Tendenz ist steigend.

Wahr ist auch – und das ist bitter, aber ich spreche es aus –, daß bei dieser dramatischen Veränderung vor allem der Anschluß für die Betriebe in den neuen Ländern nur sehr schwer zu finden ist. Die Erfahrung mit SKET in diesen Tagen in Magdeburg hat uns das wieder in einer dramatischen Weise vor Augen geführt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir uns dieser Herausforderung stellen müssen.

Wahr ist auch, daß unsere Traditionskonkurrenten in Westeuropa und Nordamerika die Zeichen der Zeit erkannt haben. Alle Industrieländer bauen ihre Sozialsysteme um. Einige, wie die Schweden, haben eine radikale Kehrtwende vollbracht. Das muß man doch in Deutschland endlich begreifen. Wenn dies die Sozialdemokraten nicht begreifen, dann hängt das damit zusammen, daß sie in den letzten Jahrzehnten die Ewiggestrigen waren und leider geblieben sind.

Aber in den anderen Ländern hat man es begriffen; in den Niederlanden, mit einem Premierminister, der viele Jahre hindurch Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes war, in Schweden unter Führung der Sozialdemokraten. Ich könnte noch viele andere Länder nennen und weiß auch – das sage ich konkret in die Diskussion dieser Tage hinein –, daß die Steuerpolitik immer mehr zu einem Standortfaktor wird, daß es weltweit in einem immer stärkeren Wettbewerb um niedrigere Steuersätze und das beste Steuersystem geht.

Es gibt ja viele in Deutschland, die die Gewohnheit haben, wenn sie über unsere Nachbarn in Österreich sprechen, das mit einem leichten Unterton der Überheblichkeit zu tun. Ich habe hier vor mir den

neuesten Prospekt aus dem Bundesland Vorarlberg, also ganz in unserer Nachbarschaft. Die schreiben zu diesem Thema, um deutsche Firmen abzuwerben: „Ein Stück Kosten niedriger! Arbeiten, wo andere urlauben!“ Dann kommt: „Steuerniveau: 34 Prozent Einkommensteuer für Kapitalgesellschaften“. Sie hören richtig. Bei uns sind es 45 Prozent. Weiter heißt es: „Keine Gewerbesteuer, keine Vermögensteuer. Lohnstückkosten in der Industrie deutlich niedriger als in Deutschland.“ So geht es weiter bis hin zum niedrigsten Strompreis.

„Arbeiten, wo andere urlauben“, schreiben die. Sie bringen Steuersätze, über die wir jetzt gerade diskutieren. Sie reden nicht von diesem Neidkomplex gegen Reiche, wenn sie über die Vermögensteuer reden. Sie haben sie abgeschafft, und zwar unter einer sozialistischen Regierungsführung.

Was ist eigentlich in uns gefahren, daß wir nicht erkennen, was hier in der Nachbarschaft geschieht – nicht irgendwo in Asien, sondern hier ganz in der Nähe zu Deutschland? Es ist doch dann grotesk, daß es bei uns heißt: Wer die Vermögensteuer abschafft, der tut etwas für die Reichen.

Gar nicht weit von hier, in der holländischen Provinz Gelderland, wird ganz offen – man kann auch sagen unverfroren; man kann sich darüber ärgern, aber ändert nichts – damit geworben, daß Betriebe aus Deutschland dorthin gehen, weil dort die „deutsche Krankheit“ noch nicht ausgebrochen sei.

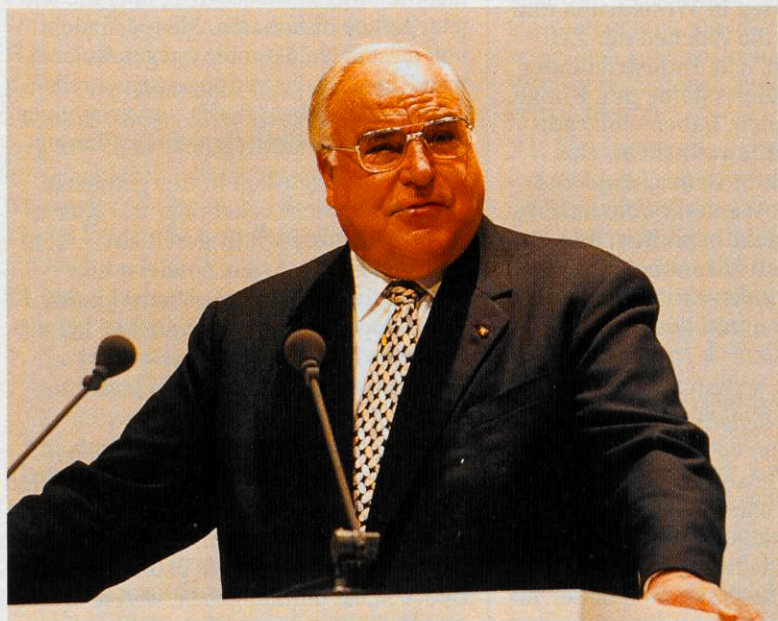
Man kann sich darüber ärgern, bloß das nützt uns gar nichts. Wenn wir die Zahlen nicht verändern, wenn wir die Verhältnisse nicht verändern, wenn wir die Grunddaten nicht verändern, werden die Leute das allmählich zu einem Schlagwort gegen uns verwenden. Das darf nicht sein, und das werden wir ändern.

Es hat nicht viel Sinn, darüber zu jammern, wie das alles kam. Ich finde, wir sollten fair und ehrlich sein: Eine Menge der Dinge, die uns jetzt beschweren, haben wir mitgetragen. Unsere Zukunftsgestaltung ist sehr viel überzeugender, wenn wir zugeben, daß wir an dem einen oder anderen mit Schuld tragen. Aber es geht jetzt nicht darum, Schuldzuweisungen zu machen, sondern darum, Zukunft zu gestalten und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das heißt, für mich und für uns müssen die Entscheidungen der Politik, der Tarifpartner daran gemessen werden,

vorteile nicht uns zuliebe aufgeben. Im Gegenteil, sie werden sie weiter ausbauen.

Das heißt, wir brauchen mehr Innovation, mehr Ideen. Wir brauchen ein gründer- und technologiefreundliches Klima. Wir brauchen nicht den Abbau, aber den Umbau und die Reform des Sozialstaates, damit unser Sozialstaat und damit soziale Gerechtigkeit auch unter den veränderten Bedingungen möglich sind.

Ich habe vor allem eine Bitte: daß wir die veränderten Bedingungen den Menschen,



**Helmut Kohl:
Wir reden oft – oft auch zu Recht – über materielle Not; aber über die seelische Not und die Einsamkeit, die entstehen, wird kaum gesprochen.**

was sie für unsere Wettbewerbsfähigkeit und für unsere Arbeitsplätze bedeuten.

Die Sache ist einfach. Wir stehen heute – ich sage das ohne jede Dramatisierung – an einem Scheideweg. Natürlich sind wir fähig, wenn wir dies wollen, die Chance zu nutzen. Aber wir wollen vor allem eines nicht vergessen: Die anderen warten nicht. Sie werden ihre Wettbewerbs-

und zwar überall, mehr klarmachen. Wer die Altersstruktur der Deutschen betrachtet, der weiß, daß sich die Lebensumstände in diesem Land gewaltig verändern. Die Daten sind keine Erfindung irgendeiner Partei. 1950 waren 6,8 Millionen Deutsche 65 Jahre und älter. Heute sind es 13 Millionen. Im Jahr 2030 – das ist eine absehbare Zeit – werden es 19 Millionen sein, die 65 Jahre

und älter sind. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von heute 15 Prozent auf 26 Prozent – das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung! – angestiegen sein.

Es muß doch eigentlich jeder begreifen, daß bei solchen Zahlen unser gesamtes System auf dem Prüfstand steht.

Zur Jahrtausendwende, also in vier Jahren, werden wir in unserem Land rund 3 Millionen Menschen haben, die 80 Jahre und älter sind.

Eine weitere Zahl – sie ist hochofreulich; aber es gilt, sie ernst zu nehmen –: Die Zahl der Menschen, die hundert Jahre und älter sind, hat sich von gut 1000 im Jahre 1980 auf 4500 in diesem Jahr mehr als vervierfacht. Nun kann man sagen, das sind ja nur ein paar tausend Menschen; aber es ist ein Signal dafür, daß die Entwicklung von Volksgesundheit und medizinischer Versorgung – viele höchst erfreuliche Dinge – Konsequenzen hat.

Wenn man dies zur Kenntnis nimmt, muß man doch Konsequenzen ziehen.

Auch angesichts der rasch zunehmenden Zahl von Singlehaushalten – 36 Prozent in den alten Ländern, 30 Prozent in den neuen Ländern; in Großstädten wie in Hannover liegt der Anteil in der Nähe von 50 Prozent – merkt man, daß sich etwas ändert. Normalerweise bekommen die Singles weniger Kinder; das ist einfach eine Lebenserfahrung und hat nichts mit CDU oder SPD zu tun.

Es hat aber etwas damit zu tun, daß sich die Lebensverhältnisse verändert haben. Die Leute werden älter, die Geburtenrate in Deutschland ist mit die niedrigste in Europa. Dies verändert das Gesicht der Gesellschaft.

Wir wollen natürlich, daß auch für die Älteren und Alten eine medizinische Versorgung gewährleistet ist. Man kann in den Krankenhäusern viele 80jährige und ältere

sehen, die eine Bypassoperation hinter sich haben oder eine neue Hüfte bekommen haben. Aber das hat enorme Folgen für unser Krankenversicherungssystem. Deswegen ist es wichtig, daß wir dies zur Kenntnis nehmen.

Aber laßt uns nicht bei den Zahlen stehenbleiben. Eine Altersstruktur, wie wir sie haben, hat auch enorme psychologische, menschliche Konsequenzen. Wir reden oft – oft auch zu Recht – über materielle Not; aber über die seelische Not und die Einsamkeit, die entstehen, wird kaum gesprochen. Deswegen, so finde ich, muß dann, wenn sich die Gesellschaft so verändert, eine Partei wie die Christlich Demokratische Union erkennen: Wenn man von sozialer Kälte redet, geht es nicht nur um Geld, sondern auch um fehlende menschliche Zuwendung für viele, die im Alter ganz allein sind. Auch das gehört zu dem, was wir unter einer menschlichen Gesellschaft verstehen.

Weil dies alles stimmt, müssen wir jetzt, nicht später, das System sozialer Sicherungen verändern, reformieren. Jetzt muß über Finanzierbarkeit und Leistungsfähigkeit offen gesprochen werden.

Dabei bleibt unser vorrangiges Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen. 4 Millionen Arbeitslose – das ist inakzeptabel. Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, werden aus dem Arbeitsprozeß hinausgedrängt. Sie büßen vielfach in ihrem Umfeld die Chance des Miteinanders ein und oft genug den Glauben an sich selbst. Diese Zahl ist auch volkswirtschaftlich völlig unerträglich und bedeutet eine auf die Dauer nicht tragbare Belastung unseres Sozialsystems. Hunderttausend Arbeitslose – genauer gesagt: Arbeitslosengeldbezieher – kosten die Gesellschaft 3 Milliarden DM. Deswegen haben wir – nicht nur die Bundesregierung –, sondern Arbeitgeber, Gewerkschaften und Bundesregierung, uns gegen-

seitig versprochen, daß wir bis zum Jahre 2000 die Zahl der Arbeitslosen halbieren wollen. Ich weiß, dies ist ein ehrgeiziges Ziel. Ich weiß auch, daß eine Menge Leute am Wegesrand stehen, die sagen: Das schafft ihr nie. Aber ich wäre schon sehr zufrieden, wenn wir zwei Drittel dieser angenommenen Zahl erreichen könnten. Das halte ich in der Tat für gar nicht abwegig. Denn durch die Politik der Jahre 1983 bis 1989 haben wir in der alten Bundesrepublik mehr als 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Ich habe auch immer gehört, wir schafften es niemals, Lehrstellen für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen können und wollen, bereitzustellen. Wir haben es wieder geschafft, ohne den Knüppel des Staates. Natürlich können wir nicht jedem den Modeberuf verschaffen; das hat es früher auch nie gegeben. Aber wir haben ein gutes Stück durch eine patriotische Tat von vielen – dafür danke ich herzlich, nicht zuletzt dem Handwerk und dem Mittelstand – möglich gemacht.

Seltsamerweise wird ein Zweites gerade von unseren Gegnern verschwiegen – seltsam ist es eigentlich nicht, weil es ihrem Geschäft dient -: Wir vergessen häufig zu erwähnen, daß die Zahl der Arbeitsplätze in den alten Ländern heute, auch nach dem Beschäftigungseinbruch der letzten zwei Jahre, um gut 2 Millionen höher liegt als Mitte der 80er Jahre. Diese Ergebnisse sind vielen zugute gekommen.

Wenn die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig gesunken ist, hat dies auch damit zu tun – das sollten wir endlich zur Kenntnis nehmen –, daß wir zwischen 1988 und 1993, das heißt in fünf Jahren, 2,5 Millionen Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt aufgenommen haben. Hinter dieser Zahl stecken sehr viele menschliche Einzelgeschicksale. Rußlanddeutsche und viele andere haben hier eine neue Heimat gefunden und auch Arbeitsplätze. Dennoch bleibt, daß die jetzige Gesamtzahl an Ar-

beitslosen inakzeptabel ist und daß wir die hohe Arbeitslosigkeit bannen müssen. Wir erwarten – und beteiligen uns selbst –, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände ihre Aufgabe wahrnehmen.

Dazu gehört eine weitere Feststellung: Ein gutes soziales, ein partnerschaftliches Klima war immer wesentlich für den Erfolg unseres Landes. Es gab ja viel Geschwätz in den letzten Jahren zum Thema Standort Deutschland. Es ist Richtiges und Dummliches gesagt worden. Häufig ist vergessen worden, daß der Aufstieg der alten Bundesrepublik, von der Währungsreform an, nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken war, daß wir bei allen Gegensätzen ein vernünftiges soziales Klima im Land hatten und haben. Ich möchte, daß wir dies beibehalten. Das ist ein wichtiges Gut der deutschen Gesellschaft.

Das bedeutet ein klares Bekenntnis zum Konsens, aber das heißt nicht – damit ich nicht mißverstanden werde –, daß es Konsens um jeden Preis geben muß. Wenn kein Konsens möglich ist – das haben wir in diesen Monaten erlebt – und es richtig ist, zu handeln, dann muß eben gehandelt werden!

Aufgabe der deutschen Politik ist es nicht zu moderieren – Moderatoren haben wir genug, Sie können sie jedes Wochenende im Fernsehen bis zum Überdruß genießen –, Aufgabe der deutschen Politik ist es zu handeln. Wir werden gewählt – der Kanzler wie alle anderen, die eine Funktion haben –, um zu handeln und zu entscheiden. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt zu erfüllen haben!

Ich habe auch kein Verständnis für jene – das will ich ebenfalls offen sagen –, die glauben, daß es in einer sozial schwierigen

Zeit eine günstige Gelegenheit ist, den Sozialstaat auszuhöhlen oder gar zu zerstören. Das findet mit uns nicht statt. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und nicht der Marktwirtschaft. Das ist ein Unterschied, und ich lege großen Wert darauf, daß dieser Unterschied von uns immer wieder deutlich gemacht wird.

Aber gerade weil das so ist, halte ich sehr wenig von jenen, die glauben, der notwendige Wandel der Gesellschaft könne aufgehalten werden, indem man Drohkulissen errichtet, Probleme verdrängt, mit einem „heißen Herbst“ droht, mit Massendemonstrationen. Im Jahr 1983 gab es Massendemonstrationen, und wir haben nicht nachgegeben. Das hat zur Einheit, zum Frieden und zur Freiheit für Millionen in Europa beigetragen.

Wir wollen, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände den sozialen Wandel mitgestalten und daß das Interesse der Arbeitslosen vor dem Interesse der Arbeitsplatzbesitzer an die erste Stelle gesetzt wird. Wir wollen, daß Gespräche geführt werden. Ich hoffe sehr, daß dieses Wort auf dem Parteitag heute den einen oder anderen erreicht, der vielleicht etwas genauer zuhört. Es ist Zeit für gemeinsames Handeln.

Ludwig Erhard – den ich auf diesem Parteitag sehr gerne zweimal zitiere, weil ich denke, daß gerade in solchen Zeiten Anlaß besteht, an diesen großartigen Mann zu erinnern, der zu den großen gesellschaftspolitischen Gestaltern dieses Jahrhunderts gehört und der in unserem Alltag gelegentlich zu leicht vergessen wird – hat in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963 gesagt:

„Wir laufen Gefahr, daß der produktive Elan unserer Gesellschaft zunehm-

end dem Genuß des Erreichten weichen will . . . Wir müssen damit aufhören, unsere Kräfte und Mittel jeweils nur an speziellen und individuellen Forderungen auszurichten, sondern wir müssen das Ganze bedenken und alles Handeln an gemeinsamen Zielen messen.“

Ich finde, besser kann man es überhaupt nicht ausdrücken.

Das gilt für alle Themen. Das gilt auch für das Thema der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Kein Land der Welt – auch das wird dauernd verschwiegen – kennt eine so großzügige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wie wir sie bisher hatten. Unsere Unternehmen haben durch krankheitsbedingten Arbeitsausfall jährlich eine Belastung von rund 60 Milliarden DM. Das hat Arbeitsplätze gekostet.

Wahr ist auch, daß die jetzige Diskussion in vielen Betrieben zu einem spürbaren Rückgang des Krankenstands schon im voraus geführt hat. Das ist doch auch eine positive Entwicklung, die wir vermerken sollten.

Wenn wir uns im Januar mit den Tarifparteien verständigt hatten, daß sie selbst im Rahmen der Tarifautonomie einen Weg finden wollten, so war das eine gute Sache. Aber dann ist bis April trotz aller Mahnungen nichts geschehen. Deswegen mußten wir handeln. Deswegen haben wir der deutschen Öffentlichkeit am 13. September deutlich gemacht – dafür danke ich noch einmal der Bundestagsfraktion, ganz besonders Wolfgang Schäuble und allen, die für das Gelingen gesorgt haben –:

Wir reden, wir verhandeln, aber wir entscheiden dann, wenn dieses Verhandeln zu keinem Ergebnis führt. Das muß auch in Zukunft so bleiben.

Man sollte wirklich einmal die dramatische Entwicklung in sich aufnehmen. Als

Ende der 50er Jahre der gesetzliche Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt wurde, betrug der Urlaubsanspruch eines Arbeitnehmers im Durchschnitt etwa die Hälfte dessen, was heute gilt. Angesichts von sechs Wochen Urlaub statt damals knapp drei Wochen bleibt doch den meisten selbst im Falle der Krankheit noch mehr Urlaub – das sagen Sie bitte auch draußen im Lande – als in nahezu allen Ländern Europas. Auch das ist doch eine der Realitäten.

Zur Sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, gehören Unternehmer wie Arbeitnehmer, die zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. Es ist wahr, die gibt es auch in einer großen Zahl. Daneben gibt es aber auch Zeitgenossen – Sie können es oft genug lesen und hören –, die vergessen haben, daß der Begriff Soziale Marktwirtschaft aus zwei Worten besteht: Marktwirtschaft und sozial. Ich kann all jenen, die so denken, nur raten, nicht zu vergessen, daß soziale Verpflichtung auch eine Frage unternehmerischer Klugheit ist, die sich bezahlt macht.

Alle Zwänge des internationalen Wettbewerbs dürfen für uns nicht zur Folge haben, daß wir uns gegenseitig öffentlich darin übertreffen zu verkünden – an manchen Tagen scheint das der Fall zu sein –, in welchem Tempo rationalisiert wird; in einer Art Siegesmeldung wird dann verkündet, wie viele Arbeitsplätze abgebaut wurden. Wer so denkt, mag vielleicht acht Tage später an der Börse einen Anstieg seiner Aktien feststellen. Das ist wahr, das gehört auch zum System. Aber er vergißt – und das wird ihn einholen –, daß das größte Kapital unseres Landes die Menschen sind. Darauf müssen wir immer wieder verweisen.

Ich bin zutiefst überzeugt davon, daß wir alle wirtschaftlichen Probleme – ich sage: alle – lösen können, wenn wir zusammenstehen in Solidarität, in Partnerschaft. Dies wird nicht an einem Tag geschehen, sondern es mag Jahre dauern. Aber ich glaube, es wäre zuwenig, wenn wir uns allein auf die materiellen Bedingungen konzentrieren würden. Das genügt nicht. Von ganz entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes wird es sein – das hat der Bischof heute in seiner Predigt zu Recht gesagt –, daß wir in unserer Wertordnung eine Grundlage haben, die beständig ist im Wechsel der Zeiten.

Für uns, für die Christlich Demokratische Union, ist das christliche Verständnis des Menschen ethische Grundlage unseres Handelns. Ich zitiere immer wieder – und bitte Sie, das gleiche zu tun – unser Grundsatzprogramm. Dort heißt es:

„Für uns ist der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist.“

Das heißt, das C in unserem Namen ist kein Ballast aus alter Zeit. Es ist eine unserer größten Stärken, und so soll es bleiben!

Vertrauen in die Zukunft kann sich nur dort entwickeln, wo es Vertrauen zwischen den Menschen gibt und der Rechtsstaat Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zuverlässig verbürgt.

Jeder Kaufmann weiß, daß ohne den Grundsatz von „Treu und Glauben“ das Wirtschaftsleben sehr schnell verkommt. Wo jeder nur noch den eigenen Vorteil im Auge hat – und dafür noch als „clever“ prämiert wird –, da ist lähmendes Mißtrauen allgegenwärtig.

Und wo der Staat – das ist unser Staat – nicht mehr bereit und in der Lage ist, Verstöße gegen das Recht ohne Ansehen der Person zu ahnden, da entsteht sehr schnell der Eindruck, daß Ehrlichkeit bestraft wird, oder anders ausgedrückt: daß die Ehrlichen die Dummen sind. Die Konsequenz einer solchen Entwicklung ist fatal: Sie schwächt und zerstört gerade jene Kräfte, die wir für die Zukunft brauchen

Eine Gesellschaft ohne moralischen Grundkonsens geht zugrunde. Das ist ein Kernsatz, den niemand vor den Erfahrungen der Geschichte bestreiten kann. Eine solche Gesellschaft hat keine Zukunft, weil ihr die innere Bindung fehlen würde. Deshalb ist es kein Kavaliersdelikt in Deutschland, Steuern zu hinterziehen, Subventionen zu erschwindeln oder Sozialleistungen zu erschleichen.

Wertmaßstäbe gehen nicht über Nacht und nicht von ungefähr verloren. Wenn wir uns daran gewöhnen, daß Werbeprospekte der einen oder anderen deutschen Bank dem Anleger signalisieren: „Du mußt nur zu uns kommen; das Geldanlegen im Ausland ist steuerlich günstig“, dann ist das zwar rechtlich in Ordnung, aber das ist eine Haltung, die keine Zukunft für das Land verspricht.

Dagegen gilt es, Front zu machen, auch wenn das im Alltag nicht einfach ist. Es gilt nicht nur, über diejenigen zu reden, die Arbeitslosenunterstützung erschleichen – auch die gibt es natürlich –, sondern auch über die Subventionsbetrüger, auch über die Steuerhinterzieher. Wir wollen alles beim Namen nennen.

Wir wollen Front machen gegen die Trittbrettfahrermentalität und uns wieder auf den nicht altmodischen, sondern hochmodernen Satz besinnen – das müssen wir den Menschen

täglich sagen; die große Mehrheit denkt auch so –: „Wer Rechte in Anspruch nimmt, der muß auch bereit sein, Pflichten zu erfüllen.“ Das muß doch wieder selbstverständlich werden.

Ich nenne aus unserem Alltag zwei Beispiele, die wir alle erleben: Es gibt nicht wenige, die gar nichts für die Ausbildung junger Leute im dualen System tun. Sie überlassen das dem Handwerksbetrieb nebenan. Aber das ist keine Gesinnung, die akzeptabel ist.

Wir sind uns einig, daß der Staat die Aufgabe hat, den inneren und den äußeren Frieden zu schützen. Dann dürfen wir aber nicht zulassen, daß es zum Modegeschwätz wird, daß Polizisten als „Bullen“ und Soldaten als „Mörder“ beschimpft werden.

Wir stehen auch zu unserer Überzeugung, daß die Wehrpflicht ein besonderer Ausdruck der Bürgerverantwortung in einer freiheitlichen Demokratie ist. Es sind Soldaten unserer Bundeswehr, es ist die Armee unserer Söhne.

Wenn ich dies sage, gehört für mich auch der Respekt vor jenen Zivildienstleistenden dazu, die ihren Dienst in Krankenhäusern, Intensivstationen oder sonstwo leisten, die Schwerstbehinderten helfen und wirklich einen sozialen Dienst leisten.

Anders ausgedrückt – ich sage es noch einmal: Es wäre nicht gut um unser Land bestellt, wenn die sogenannten Cleveren, die sich um ihre Pflichten zu drücken verstehen, zum Leitbild unserer Gesellschaft würden.

Die Debatte über unser Strafrecht in diesen Tagen – auch das gehört zum Alltag – zeigt ja, wie manche Maßstäbe verrutscht sind. Es ist kaum mehr die Rede von der persönlichen Verantwortung des Täters für seine Tat. Manche sind inzwischen so

weit, daß sie in dem Täter vor allem einen Betreuungsfall für Resozialisierungsmaßnahmen sehen.

Damit wir hier nicht falsch verstanden werden: Ich bin immer dafür eingetreten, daß die Wiedereingliederung von Tätern in die Gesellschaft ein wichtiges Ziel des Strafvollzugs ist. Aber es darf doch nicht so weit kommen, daß die Abschreckung potentieller Verbrecher dabei völlig vergessen wird. Selbstverständlich soll der Täter Anspruch auf Achtung seiner Rechte haben.

Aber es gibt doch auch den Anspruch des Opfers auf Schutz vor Verbrechen! Je wehrloser ein Opfer ist, desto schwerer wiegt doch dieser Anspruch. Am meisten Schutz brauchen unsere Kinder.

Da sollten wir nicht nur in die Nachbarschaft schauen. Wir sollten zu uns schauen, ob wir selber das Notwendige tun.

Wenn wir über das Wertefundament von Staat und Gesellschaft sprechen, dann gehört für mich auch ein Wort über den Erziehungsauftrag der Schulen dazu. Wir wissen längst, daß wir hier etwas zu tun haben. Jetzt fangen wir bitte nicht die Diskussion an: hier der Bund, da die Länder, da die Gemeinden. Wir sind die CDU Deutschlands. Wir haben eine Gesamtverantwortung. Wenn die Pädagogen jetzt wieder anfangen, Gott sei Dank ganzheitlich zu denken, dann ist das auch für uns ein guter Ratschlag.

Ich verwende jetzt bewußt das Wort „Erziehung“; denn es geht in Wahrheit um Persönlichkeitsbildung. Es geht um Stärkung von Lebensmut und Selbstvertrauen bei Kindern und Jugendlichen. Es geht darum, sie zum rechten Gebrauch der Freiheit anzuleiten.

Die jungen Menschen – das ist eine Binsenwahrheit – sind doch die Zukunft unse-

res Landes. Eugen Biser, einer der großen Philosophen und Theologen unserer Zeit, hat das so formuliert:

„Die Jugend heute ist ein wahres Gottesgeschenk! Mit ganz großen Qualitäten . . . gerade in der Hinwendung zu Behinderten, Notleidenden. Auch zu Alten. . . Man sollte der Jugend viel mehr Vertrauen entgegenbringen.“

Aber Vertrauen ist das eine, Hilfe für das Leben ist das andere, und das ist gefragt! Zusammen mit dem Elternhaus ist die Schule dazu berufen, den jungen Menschen die Freude an Leistung und Verantwortung für sich und für andere zu wecken. Wir waren in der öffentlichen Diskussion eine Weile so weit heruntergekommen, daß schon die Worte „Leistung“ und „Verantwortung“ als Ausdruck von Ellenbogenmentalität verschrien wurden.

Lassen Sie dies alles beiseite. Diese Leute, die auf irgendeinem Lehrstuhl, manchmal auch auf Kanzeln herumreden, sind doch längst auf der Müllkippe der pädagogischen Geschichte gelandet.

Es ist doch wahr: Viele Eltern und viele Lehrer stellen sich mit großer Liebe und Engagement dieser Aufgabe. Sie verdienen unseren Dank – aber nicht nur hier auf dem Parteitag, sondern im Alltag draußen und in den Schulen –, indem wir zu ihnen stehen, sie in den Elternbeiräten unterstützen und nicht jede Mode mitmachen.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß Kinder und Jugendliche Autoritäten brauchen, daß sie Vorbilder brauchen, daß man ihnen hilft. Der große Pädagoge Helmut Zöpfl, den ich sehr schätze, hat das so ausgedrückt:

„Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubt, den Menschen zur Mündigkeit zu führen, indem man ihn sich selbst überläßt. Man überläßt ihn

vielmehr allen möglichen Einflüssen, Manipulationen und Interessen.“

Wenn ich das so sage, meine ich das nicht nur in dem vordergründigen Sinne, der sich für unsere Wirtschaft positiv auswirkt. Wenn wir von Bildung und Ausbildung sprechen, geht es nicht nur – ich sage sogar: nicht einmal vor allem – um wirtschaftliche Nützlichkeit.

Es besteht dennoch für mich kein Zweifel, daß die eigentliche Entscheidung über die Zukunft Deutschlands nicht zuletzt in unseren Schulen und Hochschulen fällt, nämlich ob dieses Land im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts bestehen wird oder ob wir absteigen.

Unser Land ist rohstoffarm; das ist wahr. Aber wahr ist auch, daß gerade wirtschaftliches Wachstum immer mehr auf Wissen und Bildung beruht. Diesen hohen Lebensstandard werden wir nur erhalten, wenn wir in allen Bereichen wieder „Spitze“ sind – wie es junge Leute ausdrücken –, in Forschung, Technologie und Innovation.

Wir brauchen die Menschen, die in dieser Lage das notwendige Wissen einbringen, Produkte erzeugen und Dienstleistungen anbieten.

Die Leistungsfähigkeit unserer Forschung ist in weiten Teilen völlig unbestritten. Wir haben hervorragende Leute, exzellente Teams, traditionsreiche Einrichtungen; alles Wissen der Welt steht uns in Wahrheit zur Verfügung. Wir können uns international durchaus sehen lassen. Wahr ist, daß es uns nicht gelungen ist – da sind wir auch aufgerufen, unseren Teil dazu beizutragen –, die Zusammenarbeit und den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft besser zu gestalten und Forschungsergebnisse in Markterfolge umzusetzen.

Aber da wir sind wieder beim Thema: Spitzenleistungen in Forschung und Technologie werden vor allem in unseren Schulen und Hochschulen vorbereitet. Die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz, ein kompetenter Kreis, hat festgestellt, daß das Abitur heute keine Garantie mehr für Studierfähigkeit ist. Von wem wollen wir es eigentlich noch hören? Wenn die Rektoren deutscher Universitäten uns bestätigen, daß das Abitur keine Garantie für Studierfähigkeit ist, dann ist es doch überfällig, daß wir etwas tun.

Das müssen wir doch zur Kenntnis nehmen. Das ist nicht irgendeine Äußerung, sondern das ist eine Äußerung, die uns eigentlich vom Stuhl reißen muß. Sie zeigt doch, daß in vielen Reformjahrzehnten in der Schulpolitik schwere Fehler gemacht wurden. Wir müssen dem Abitur wieder den Rang geben, den es hatte und auch in Zukunft braucht. Das ist nicht zu erreichen, wenn wir die Leistungsanforderungen herunterschrauben. Es ist ein Irrtum, das zu glauben.

Das heißt auch – und das sage ich jetzt auch an meine Adresse, an die Adresse des damaligen Mainzer Ministerpräsidenten Helmut Kohl –, daß wir uns zu häufig von Bildungsideologen Moden haben aufschwätzen lassen, die sich zwar als langlebig, aber als falsch erwiesen haben. Wenn das so ist, und wir wissen es, dann müssen wir es ändern.

In diesen Wochen habe ich eine andere bittere Erfahrung machen müssen. Ich gebe ehrlich zu, ich habe das jetzt erst gelernt. Bei meinen Gesprächen mit den Spitzenvertretern der Wirtschaft über die Erzielung möglichst hoher Zahlen für die Lehrstellenbewerber habe ich die Erkenntnis gewinnen müssen, daß wir – und Sie hören richtig – bei den Abgängern aus Haupt- und Realschulen eine Zahl von 10 Prozent haben, die diese Schulen verlas-

sen und anschließend keine Lehre beginnen können, weil ihre Voraussetzungen nicht ausreichen. Die Folge ist, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg 1995 für 36 000 junge Leute Grundbildungs- und Förderlehrgänge durchführen mußte. Das kostet rund eine halbe Milliarde DM. Die Schule ist dazu da, die Kinder so auszubilden, daß sie die Chance haben, eine Lehre beginnen zu können. Wenn wir dauernd von den Belastungen mit versicherungsfremden Leistungen reden – und die gibt es ja und die gehören auch, sobald wir es können, bei der Bundesanstalt abgebaut –, so ist dies auch eine versicherungsfremde Leistung.

Damit das klar ist, ich polemisiere jetzt nicht gegen die Lehrer. Das wäre viel zu billig, zumal wir wissen, daß viele Lehrer und Lehrerinnen einen prima Job machen. Ich polemisiere überhaupt nicht. Ich stelle nur an uns die Frage, weil wir auch in Ländern in der Verantwortung stehen: Tun wir genug? Wenn sich zeigt, daß wir nicht genug tun, und davon bin ich überzeugt, beim Abitur genauso wie in diesen Feldern, dann laßt es uns ändern. Es ist Zeit zur Änderung! Das ist das Gebot der Stunde.

Jürgen Rüttgers wird morgen einen Leit-antrag des Parteivorstands vorlegen, der diese Themen anspricht. Ich hoffe sehr auf Ihre Zustimmung.

Wenn wir von Bildungs- und Ausbildungspolitik sprechen, gehört dazu auch die Erziehung zur Selbständigkeit. Mehr Arbeitsplätze werden mit Sicherheit nicht geschaffen – auch das ist eine alarmierende Zahl –, wenn weiterhin über die Hälfte der Absolventen deutscher Universitäten in den öffentlichen Dienst streben. Das heißt, wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem junge Leute, junge Frauen und junge Männer, motiviert werden, daß sie sich

selbständig machen, mit Innovation und Dynamik neue Arbeitsplätze schaffen.

Wenn wir über wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Zukunft sprechen, denke ich dabei vor allem an den Mittelstand. Der Mittelstand ist heute der größte Arbeitgeber in Deutschland. Zwei Drittel aller Beschäftigten finden dort ihren Arbeitsplatz. Zwischen 1990 und 1995 sind hier eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Im Vergleich dazu sind bei den Großunternehmen 750 000 Stellen abgebaut worden. Der weltweite Wettbewerb wird die weltweit operierenden Großunternehmen weiterhin zur Rationalisierung zwingen. Das heißt, zusätzliche Arbeitsplätze werden dort nicht und auch nicht im öffentlichen Dienst möglich sein, wohl aber auf der breiten Basis des Mittelstandes. Deshalb sollten wir alles tun, um dem Mittelstand mehr Freiräume einzuräumen, damit sich Kreativität und Einsatzbereitschaft durchsetzen können. Wir beseitigen die Hindernisse für den Mittelstand, für junge Unternehmer und angehende Existenzgründer. Dies ist aktive Beschäftigungspolitik.

Wir haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, um mehr Wagniskapital für Existenzgründer zu mobilisieren und den Start in die unternehmerische Tätigkeit zu erleichtern. Ich habe mich gefreut, daß Kardinal Wetter in seiner Predigt am 3. Oktober in München gesagt hat: Je höher die Schutzwälle für Arbeitsplatzbesitzer aufgebaut werden, desto geringer ist die Chance für Arbeitslose, Arbeit zu finden. Das ist ein kluges Kardinalswort. Wir sollten es weitertragen.

Die Staatsfinanzen müssen in Ordnung sein, wenn wir Zukunft sichern wollen. Wir sparen nicht, um Bürger zu ärgern, sondern um für die kommenden Generationen Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Wir

haben nicht das Recht, auch nicht beim Staatshaushalt, auf Kosten kommender Generationen zu leben, denn unsere höheren Schulden von heute sind die steigenden Steuern von morgen.

Es ist wahr, die deutsche Einheit hat notwendigerweise eine Erhöhung der Neuverschuldung erforderlich gemacht. Der hohe Kapitaltransfer von 750 Milliarden DM von West nach Ost war notwendig,

ben als die anderen. Die Menschen in Frankfurt an der Oder haben den gleichen Anspruch wie die in Frankfurt am Main! Das muß man klar und deutlich aussprechen.

Wir haben mit dieser Politik auch enorme Erfolge, wenn Sie etwa an die Inflationsrate denken. Das ist die beste Sozialpolitik, die wir für die Bezieher von kleinen Einkommen überhaupt machen können. Überle-



Helmut Kohl: Wenn wir über wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Zukunft sprechen, denke ich dabei vor allem an den Mittelstand. Der Mittelstand ist heute der größte Arbeitgeber in Deutschland. Zwei Drittel aller Beschäftigten finden dort ihren Arbeitsplatz.

und ich habe das nie als eine Belastung empfunden. Wir waren ehrlich und haben gesagt, wenn die Mauer fällt, wollen wir alles tun, um für unsere Landsleute in der damaligen DDR, in den neuen Ländern, gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen.

Wir freuen uns über die deutsche Einheit. Für uns ist sie ein Geschenk. Natürlich ist sie mit Lasten verbunden, aber wir bekennen uns zu diesen Lasten.

Wir können nicht akzeptieren, daß sozusagen die einen den Krieg mehr verloren ha-

gen Sie einmal, jeder Prozentpunkt Inflation weniger erhöht die Kaufkraft der Beschäftigten, der Bezieher von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM.

Wir werden diese Politik fortsetzen; Wolfgang Schäuble wird morgen den Leitantrag zum Thema Steuerpolitik vortragen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Steuertarif senken. Wir wollen echte und spürbare Nettoentlastungen für die große Mehrzahl der Bürger. Wir wollen vor allem

auch Schlupflöcher bei der Steuer schließen.

Ich weiß, das findet großen Beifall. Ich bin auf die nächsten Wochen gespannt, wenn im Detail diskutiert wird. Wir sind vielleicht im Januar so weit, daß die Kommission ihren Bericht vorlegt und wir daraus nach vielen Gesprächen im Bund und mit den Ländern, mit den Gemeinden und mit den gesellschaftlichen Gruppen, eine Regierungsvorlage machen können. Ich bin sehr gespannt, wie groß der Beifall bei dem Thema „Schließen von Schlupflöchern“ sein wird. Ich höre unentwegt, daß alle dafür sind, Subventionen abzubauen, aber immer die vom Nachbarn. Deshalb haben wir eine Bewährungsprobe vor uns.

Unser Ziel ist klar; wir haben es in der Koalition verabredet: Die Kommission unter dem Vorsitz von Theo Waigel wird bis Ende dieses Jahres ihre Vorschläge vorlegen. Bis Ende 1997 soll die Gesetzgebung abgeschlossen sein, damit die Steuerreform rechtzeitig zum Jahresbeginn 1999 in Kraft treten kann.

Wir wollen diesen Zeitplan ohne Abstriche einhalten. Hier geht es vor allem darum, daß die Wirtschaft und die Bürger verlässlich für die Zukunft planen können.

Das gleiche gilt für das System der sozialen Sicherung, das jetzt ebenfalls auf den Prüfstand muß. Ich denke vor allem an die dramatischen Auswirkungen der demographischen Entwicklung – ich habe die Zahlen vorgetragen – auf die Rentenversicherung.

Die Sache ist ziemlich einfach, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie alt die Sozialversicherung ist. Bei der Einführung durch Bismarck vor über hundert Jahren wurde das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre festgesetzt; die durchschnittliche Lebenserwartung des Mannes betrug

45 Jahre. Heute ist sie auf über 75 Jahre gestiegen – und die Zahl geht nach oben. Zugleich sind unsere Ausbildungszeiten immer länger geworden. Wir finden schon nichts mehr dabei. Im Vergleich zu den jungen Leuten in anderen Ländern der Europäischen Union, die mit 25 Jahren ihren Ausbildungsabschluß erzielen, ist dies ein schwerer Nachteil, daß ein Abiturient nach Wehr- oder Ersatzdienst und Hochschule in der Regel 29 oder 30 Jahre alt ist, wenn er in das Berufsleben eintritt. Das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter der Männer liegt jetzt bei 60 Jahren. Das heißt – Sie können es nachrechnen; knapp 30 Jahre Ausbildung, 15 Jahre Pension –: Angesichts der Lebenserwartung ergibt dies zusammengenommen, zwei Drittel Lebenszeit in Ausbildung und in Pension, ein Drittel in Arbeit.

Ich bin unfähig, die Mengenlehre zu begreifen. Ich war miserabel in Mathematik; das ist landesweit bekannt. Mein Verständnis der Grundrechenarten ist jedoch durchaus so weit entwickelt, daß ich weiß: Dies kann nicht mehr funktionieren.

Deshalb laßt uns auch diese Frage ganz nüchtern und realistisch, aber auch mit Gefühl für die Sorge der Menschen, die unmittelbar betroffen sind, die jetzt alt und Rentner sind, angehen. Laßt uns aber nicht vergessen, daß die 20jährigen, von denen wir nicht hoffen, daß sie bereits eine Rentnermentalität haben, berechtigterweise die Frage stellen: Was muß ich tun, wenn ich 60, 65 oder 70 Jahre alt werde, damit meine Vorsorge gesichert ist?

Norbert Blüm wird morgen einen Zwischenbericht vorlegen. Ich will hier nicht die Diskussion beschneiden, möchte aber darum bitten, daß wir morgen zu diesem Punkt nicht die Schlacht eröffnen. Es ist ein Zwischenbericht.

Im übrigen – das sage ich den Neugierigen –: Es gibt auf diesem Feld keine Denkverbote. Wer gute Vorschläge machen kann, der soll sie in den nächsten Wochen einbringen. Wir wollen – so haben wir es im Parteivorstand verabredet – in den ersten Monaten des neuen Jahres die dann entstehende Vorlage in einem eigenen Ausschuß der Bundespartei, der allerdings der Zahl nach durch Delegierte aus den Bundesländern aufgestockt wird, diskutieren und zu Beschlüssen kommen.

Deswegen meine Bitte: Nehmen Sie das morgen zur Kenntnis und arbeiten Sie dann zu Hause, etwa in den Kreisverbänden, an diesem Thema mit! Es ist ein Thema, das nahezu jeden in Deutschland angeht. Eine Volkspartei muß sich diesem Thema auch vor Ort, draußen im Land, stellen. Deswegen meine Bitte: Helfen Sie mit, damit dieses Thema von uns in einer guten Weise bewältigt werden kann!

Alles, was wir in unserem Lande tun, wäre umsonst, wenn wir nicht in einem internationalen Umfeld leben würden, das Frieden und Freiheit sichert. Als bei der deutschen Einheit trotz mancher Bedenken letztlich alle unsere Nachbarn zustimmten, war das ein historisch einmaliger Vorgang.

Deswegen gilt der Satz Adenauers – man kann ihn nicht oft genug wiederholen –, daß deutsche Einheit und europäische Einheit zwei Seiten der gleichen Medaille sind und daß die beste Garantie für Sicherheit und Wohlstand unseres Vaterlandes im 21. Jahrhundert der Bau des Hauses Europa ist.

Ich sage, auch auf die Gefahr hin, daß es von manchen, auch im Ausland, mißverstanden wird: Vor der Beschäftigung mit ökonomisch-wirtschaftlichen monetären Fragen steht das Wichtigste im

21. Jahrhundert, nämlich die Bewahrung von Frieden und Freiheit.

Es soll niemand glauben, daß das garantiert ist. Vor fünf Jahren hat niemand glauben können, daß sich Vorgänge, wie sie sich in Bosnien, im früheren Jugoslawien, ereignet haben, überhaupt noch einmal vorkommen könnten. Vor fünf Jahren haben wir mit einer ganz anderen Erwartung nach Osten geblickt. Jetzt lesen wir täglich Meldungen, die viele im Land beunruhigen. Friede und Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif, auch nicht für die Deutschen.

Deshalb wollen wir jetzt das Haus Europa bauen – mit der Wirtschafts- und Währungsunion, mit den notwendigen Vorkehrungen zum Erhalt der inneren Sicherheit, zur Bekämpfung der Drogenmafia, der internationalen Kriminalität, bei der gemeinsamen Politik zum Erhalt der Schöpfung und vielem anderen.

Ich bin heute guter Dinge, daß wir das Ziel erreichen. Ich höre immer wieder: Das alles dauert viel zu lange! Das alles ist viel zu schwierig! Das wird nie klappen! – Das höre ich nun seit 14 Jahren, seit meiner ersten Teilnahme an einem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 1982.

Wir werden es schaffen; das ist ganz eindeutig. Die Tagung vor ein paar Tagen in Dublin hat mich wieder in der Überzeugung bestärkt, daß der Durchbruch psychologisch längst gelungen ist. Die Entwicklung ist irreversibel. Jetzt gilt es, sie geschickt und klug, nicht zuletzt im Blick auf die Währung solide und glaubwürdig zu gestalten.

Zu dieser Entwicklung gehört auch die Ausdehnung der Europäischen Union auf unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Es wäre ein Verrat an diesen

alten europäischen Ländern – ich nenne für alle unsere Nachbarn beispielhaft die Polen –, wenn wir sie jetzt abseits stehen lassen würden.

Wir sollten zu keiner Minute vergessen, daß die polnische Grenze von unserer Hauptstadt Berlin knapp über 60 Kilometer entfernt liegt, daß also Berlin im besten Sinne des Wortes mitten in Europa liegt.

Nach dem Krieg – wir haben es eben aus gutem Grund vom Oberbürgermeister gehört – hat die Gründergeneration, großartige Männer und Frauen, unser Land aus Schutt und Asche wieder aufgebaut. In ein paar Wochen, am 4. Februar 1997, jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag Ludwig Erhards. Wir werden diesen Tag würdig begehen; denn wir verdanken ihm viel.

Die Erfolgsgeschichte unserer Bundesrepublik wäre ohne die von ihm durchgesetzte Politik der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich gewesen. Die Menschen in der DDR haben sich 1989/90 mit großer Mehrheit für die freiheitliche Gesellschafts- und Staatsordnung unseres Grundgesetzes entschieden und auch für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Christlich Demokratische Union ist und bleibt die Partei der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft. Für uns – ich sage es noch einmal – heißt Soziale und Ökologische Marktwirtschaft immer auch Verantwortung für die uns anvertraute Schöpfung. Wir wollen keinen Fürsorgestaat, der jede private Initiative in einem Netz von Bevormundung und Regelungswut erstickt. Wir wollen auch keine Ellenbogengesellschaft, in der die Schwachen auf der Strecke bleiben.

Im November 1948 – ich war damals 18 Jahre alt und habe, wie manche hier im Saal, noch eine sehr konkrete Erinnerung an diesen Tag – haben die deutschen Gewerkschaften zu einem 24stündigen Generalstreik gegen die Soziale Marktwirtschaft aufgerufen. Ludwig Erhard sprach damals im Rundfunk – es gab kein Fernsehen –:

Die von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Wirtschaftspolitik . . . darf, wenn die Demokratie nicht zur Farce werden will, nicht dem Diktat sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Gruppen unterliegen.

Was damals richtig war, ist auch heute richtig.

Wir wollen einen Staat und eine Gesellschaft, in denen die Menschen gerne leben und die sie als ihren Staat und ihre Gesellschaft annehmen. Wir wollen einen Staat und eine Gesellschaft, die die erforderlichen Freiräume für den einzelnen lassen, in denen Menschlichkeit, Solidarität und Gemeinsinn von allen anerkannte Tugenden sind.

In vier Jahren, ein Jahrzehnt nach der deutschen Einheit, wollen wir in dieser Stadt Hannover Gastgeber der Expo 2000 sein. Wir wollen unser Land präsentieren, der Welt präsentieren; dann beginnt auch ein neues Jahrhundert, ein neues Jahrtausend.

Wir wollen die Welt hierher zu uns nach Hannover einladen. Die Welt wird darauf schauen, wie wir für die Zukunft im neuen Jahrhundert gerüstet sind. Wir wollen der Welt zeigen, was wir aus dem Geschenk der Geschichte an uns gemacht haben. Wir wollen zeigen, daß wir ein Land des wirtschaftlichen Erfolgs sind. Wir wollen vor allem aber auch zeigen, daß wir ein Land der Kultur,



der Toleranz, der Weltoffenheit, der Menschlichkeit sind.

Deutschland, unser Vaterland, steht in der Tradition einer großartigen freiheitlichen Geschichte. Daran werden wir uns in den nächsten Jahren besonders erinnern: 150 Jahre Paulskirchen-Verfassung in zwei Jahren, 80 Jahre Weimarer Verfassung, 50 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1999 und zehn Jahre deutsche Einheit im Jahre 2000.

Wir dürfen stolz sein auf das, was wir gemeinsam mit allen Demokraten und vielen Menschen guten Willens in Deutschland aufgebaut haben. Aber wahr ist auch, daß CDU und CSU in 34 Jahren Regierungsverantwortung für unsere Republik getragen und das vereinte Deutschland maßgeblich geprägt haben.

In den vergangenen sechs Jahren haben vor allem die Menschen in den neuen Ländern unter schwierigsten Bedingungen Großartiges geleistet. Das wird überall in der Welt gesehen und anerkannt.

Die friedlichen Demonstranten haben im Herbst 1989 gerufen: „Wir sind ein Volk!“. In diesem Geist, im Geist von Einigkeit und Recht und Freiheit wollen wir das Deutschland von morgen, das Deutschland des 21. Jahrhunderts gestalten. Das erwarten die Menschen von uns hierzulande und außerhalb unserer Grenzen.

Wir wollen eine gute Zukunft für Deutschland und Europa. Ich denke, alle, die sich diesem Ziel verschrieben haben, dürfen wir sehr herzlich zur Mitarbeit einladen.

(Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und spenden langanhaltenden, lebhaften Beifall)

Generalsekretär Peter Hintze:

Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert

Das Motto unseres Parteitages lautet: Handeln für die Zukunft. Manchmal hilft dabei der Blick zurück. 1848 baute Werner von Siemens den elektrischen Telegrafverkehr zwischen Deutschland und Belgien auf. Als die Telegrafenfertig war, brach das Geschäft eines gewissen Julius Reuter zusammen. Er betrieb nämlich bis dahin eine Taubenpostlinie zwischen Köln und Brüssel.

Was tat der Taubenposthalter Julius Reuter: Er nutzte die neue Technik und eröffnete ein Depeschen-Vermittlungsbüro. Er legte damit den Grundstein für die gleichnamige Nachrichtenagentur. Reuters ist heute noch eine der führenden Agenturen der Welt. Ein eindrucksvolles Beispiel, wie die Innovation des einen auch zur Chance für den anderen wurde.

Standortfaktor Akzeptanz

Und heute? Das amerikanische „Wall Street Journal“ hat auf provozierende Weise ein deutsches Problem beschrieben. Der Artikel ist überschrieben „A Germany that kills science – Ein Deutschland, das Wissenschaft tötet“. In diesem Beitrag wird geschildert, wie in Deutschland kleine radikale Öko-Organisationen Wissenschaftler diskriminieren und ihre Arbeit angreifen. Felder mit gentechnisch entwickelten Pflanzen werden zertrampelt –

allein 14 in diesem Jahr. In Labors wird eingebrochen, Versuchsanordnungen werden zerstört. Forscher werden persönlich bedroht. Ein führender deutscher Biochemiker erzählte mir in der vergangenen

Bericht von Generalsekretär Peter Hintze und Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU

Woche, ein amerikanischer Fachkollege habe ihn gefragt, ob er überhaupt an einem Kongreß in Deutschland teilnehmen könne oder ob er sich dadurch einer Gefahr aussetze.

Was ich Ihnen hier schildere, hat nicht nur wissenschaftspolitische Aspekte. Es hat vor allem massive wirtschaftliche Folgen. Wenn Wirtschaftsblätter über solche Begebenheiten schreiben, lesen Industriemanager in New York und Los Angeles diese Berichte genau. Das hat schwerwiegende Folgen für wichtige Investitionsentscheidungen – und damit für die Zukunftsentwicklung unseres Landes.

Im globalen Wettbewerb kommt es nicht nur auf Arbeitskosten und Pro-

duktivität an. Auch die Innovationsakzeptanz der Bevölkerung, die Akzeptanz für moderne Technologien, ist ein entscheidender Standortfaktor. Wenn wir zulassen, daß der gesamte Bereich der Biotechnologie von fanatischen Kleingruppen in eine negative Ecke gedrückt wird, dann verpassen wir eine der wichtigsten Zukunftsentwicklungen überhaupt.

Die Biologie wird im 21. Jahrhundert die Bedeutung bekommen, die die Chemie im 20. Jahrhundert hatte. Das betrifft den Bereich der Medizin, der Landwirtschaft und einer biologisch orientierten Industrieproduktion insgesamt. Denken wir daran, daß allein in der lebensmittelverarbeitenden Industrie 500.000 Menschen beschäftigt sind. In diesem weitgehend mittelständisch organisierten Bereich wird doch kein Unternehmer bereit sein, neue wirtschaftliche Felder zu erschließen, wenn er dafür öffentlich als Halbverbrecher diskriminiert wird.

Deshalb treten wir für Innovationsakzeptanz ein. Wer auf technologischen Fortschritt setzt, kann sich auf die Union verlassen.

Politische Kräfte, die den technischen Fortschritt blockieren, tragen die Verantwortung dafür, wenn die Arbeitslosigkeit wächst. Die Sozialdemokraten haben sich in der Technologiefrage längst in die babylonische Gefangenschaft der Grünen begeben. Es kommt auf uns an. Es ist unsere Aufgabe, einer müder werdenden Gesellschaft wieder eine Vision mit Leuchtkraft und Perspektive zu geben

Dabei wird unsere Überzeugungskraft wachsen, wenn wir nicht jede Woche die Bevölkerung mit Einzelvorschlägen erschrecken, sondern Gesamtkonzepte erarbeiten. Das Motto dieses Parteitages bekräftigt, was uns anleitet: Wir wollen „handeln für die Zukunft“.

Die Zukunft wird das sein, was wir heute daraus machen. Es geht darum, den nachfolgenden Generationen die Optionen für ein freies und selbstbestimmtes Leben zu sichern. Wer dagegen die notwendigen Entscheidungen versäumt, verbaut Lebenschancen.

Die SPD hat den Zug der Zeit verpaßt

Mein Hauptvorwurf an SPD und Grüne lautet: Sie versäumen ihre Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Sie blockieren unabweisbare Reformen. SPD und Grüne stehen für die Denkschablonen der siebziger Jahre, aber gewiß nicht für die Horizonte des 21. Jahrhunderts.

Reformunfähig, fortschrittsfeindlich und zukunftsvergessen – so kann man Deutschland nicht regieren. Und deshalb werden wir unserem Land eine Regierung Oskar Lafontaine, Joschka Fischer und Gregor Gysi ersparen.

Ich zitiere aus einem Artikel, den Klaus von Dohnanyi in diesem Jahr geschrieben hat

„Die SPD hat den Zug der Zeit verpaßt, und auf dem Bahnhof, auf dem sie heute wartet, wird dieser Zug nicht mehr vorbeikommen.“

(Welt am Sonntag, 28. 4. 1996)

Klaus von Dohnanyi hat recht. Wir werben um die SPD-Wähler, die sich als Wähler der Mitte verstehen. Das sind vernünftige, hart arbeitende Leute. Sie wissen genau, daß in Deutschland nicht alles so bleiben kann, wie es ist. Und sie haben nichts im Sinn mit PDS-Kommunisten und grünen Öko-Utopisten. Sie spüren, daß die Welt der Toskana-Sozialisten nicht ihre Welt ist. Diesen Wählern rufen wir zu: Sie sind bei der Union willkommen!

Dann ersparen sie sich auch das seltsame Treiben bei der SPD in der Kandidatenfrage. Das Stück heißt „Die Drei von der



Peter Hintze: SPD und Grüne stehen für Denkschablonen der 70er Jahre, aber gewiß nicht für die Horizonte des 21. Jahrhunderts. Reformunfähig, fortschrittsfeindlich und zukunftsvergessen – so kann man Deutschland nicht regieren.

Zankstelle“ oder auch „der sozialdemokratische Intrigantenstadl“.

Von Lafontaine war schon die Rede. Gerhard Schröder hat das Prinzip des Heißluftballons in die Politik übertragen. Und schließlich Rudolf Scharping. Er hat in der letzten Wirtschaftsdebatte des Deutschen Bundestages allen Ernstes die Besteuerung in Mexiko zum Maßstab für Deutschland erklärt. Damit hat er sich endgültig diskreditiert. Es geht eben nicht nach dem Motto: „Brutto, netto, Mexiko – der Staat, der zahlt's doch sowieso!“

Wir sind dabei, konkrete Projekte zu gestalten

Wir haben uns auf unserem letzten Parteitag in Karlsruhe vorgenommen, Zukunftswerkstatt unseres Landes zu sein. Heute können wir mit Recht feststellen: In keiner Partei

wird intensiver und ernsthafter an Zukunftsfragen gearbeitet als bei uns.

Viele hier im Saal haben es erleben können. Denn viele haben in den vergangenen Monaten an den Zukunftsforen der CDU teilgenommen. Es gab Foren zur Ökologie, zu den Grundwerten unserer Gesellschaft, zur Zukunft der sozialen Sicherung und zur Reform des Steuersystems. Wer dabei war, hat faszinierende und spannende Diskussionen auf hohem Niveau erlebt. Wir sind dabei, konkrete Projekte zu gestalten, Entscheidungen durchzusetzen.

Eines der wichtigsten Projekte überhaupt ist die große Steuerreform – der Tarif 2000. Darüber werden wir morgen ausführlich diskutieren. Wir wollen mit einer umfassenden Reform dem einzelnen wieder mehr Autonomie über sein eigenes Geld geben. Und wir wollen etwas für die vielen hart arbeitenden Steuerzahler tun.

die nicht die Chance haben, steuermindernd Container zu finanzieren, die in Timbuktu gebaut und in Grönland eingesetzt werden.

Der SPD-Bürgermeister von Hamburg, Henning Voscherau, beklagte öffentlich – ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt –, in seinem Land würden Millionenäre wegen solcher Abschreibungsmöglichkeiten praktisch keine Steuern mehr zahlen.

Tatsächlich aber haben Voscherau und die anderen SPD-Ministerpräsidenten monatelang die Abschaffung dieser Steuerprivilegien blockiert. Das nenne ich unredlich.

Ich warne die SPD vor einer Fortsetzung ihrer Blockadepolitik. Was wir da in der vergangenen Woche wieder erlebt haben, ist ein Mißbrauch des föderalen Gedankens. Die SPD verweigert noch immer die notwendige Unternehmensteuerreform. Sie blockiert damit Investitionen. Investitionen sind Voraussetzung für Wachstum. Und ohne Wachstum gibt es keine neuen Arbeitsplätze.

Wenn die SPD sich weiter querstellt und wir die Gewerbesteuer nicht abschaffen können, muß sie in den neuen Ländern eingeführt werden. Das wäre eine zusätzliche Standortbelastung und ein schwerer Schaden für den Aufbau Ost. Mein Appell an die SPD: Sagen Sie im Interesse der Arbeitslosen Ja zur Abschaffung der investitionsfeindlichen Steuern.

Ein modernes Steuersystem ist der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum und höhere Leistungsbereitschaft. Unser Leitmotiv für die große Steuerreform lautet: weniger, einfacher, gerechter.

Ich danke im Namen des ganzen Parteitage dem Mann, der mit Weitsicht und Beharrlichkeit diese große Steuerreform konzipiert und bis zur Beschlußreife vorangetrieben hat. Ich danke unserem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble.

Es ist auch ein schöner Erfolg für Gunnar

Uldall und Hans-Peter Repnik. Ihr Beispiel zeigt, daß man mit einer mutigen Idee viel bewirken kann in unserer Union.

Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert

Die Zeichen der Zeit stehen auf Reform. Dazu gehören unser Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, das Reformwerk zur Sicherung unseres Sozialsystems, der Steuertarif 2000. Die Menschen im In- und Ausland müssen spüren: Es bewegt sich etwas in diesem Land. Deutschland wird moderner, flexibler, leistungsfähiger.

Es geht gleichzeitig auch um einen neuen Geist in unserer Gesellschaft. Unsere Reformen werden die Elemente bilden für ein gesellschaftliches Gesamtkonzept. Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert.

Dieser neue Gesellschaftsvertrag wird die Bedingungen beschreiben, die die Zukunft gut werden lassen:

- **Es geht erstens** um das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens, damit auch bei einer dramatisch wachsenden Weltbevölkerung die Menschen das haben, was sie zum Leben brauchen. Wir werden von den nachfolgenden Generationen einmal daraufhin befragt werden, ob wir der ökologischen Frage genug Aufmerksamkeit geschenkt haben.
- **Es geht zweitens** um ein modernes Verständnis von Bildung, das die Menschen befähigt, immer wieder neu zu lernen und veränderte Situationen zu meistern.
- **Es geht drittens** um eine neue Solidarität, wo Menschen in der Erwerbsarbeit auf Einkommenszuwächse verzichten, damit mehr Menschen Arbeit finden.
- **Es geht viertens** um eine grundlegende Innovationsakzeptanz, damit neue Arbeit dort entstehen kann, wo wir in alten Industrien nicht mehr konkurrenzfähig sind.

● **Und schließlich geht es** um eine faire Partnerschaft von Frauen und Männern in Familie, Beruf und öffentlichem Leben.

Diese neue Politik entwickeln wir aus unseren Grundsätzen heraus, aus dem christlichen Verständnis von Menschen, aus dem, was das „C“ in unserem Parteinamen bedeutet. Modernität und Grundsatztreue sind für uns keine Gegensätze, sondern die zwei Seiten der einen Medaille.

Die Richtung stimmt

Um diese Ziele zu erreichen, braucht die Union Kraft, Standfestigkeit, Weitblick und politisches Gespür. An unserer Spitze steht ein Mann, der diese Eigenschaften wie kein zweiter verkörpert. Sein Name genießt weltweit höchstes Ansehen. Er ist der Kanzler der Deutschen Einheit und der Kanzler der europäischen Einigung. Seine Gestaltungskraft und seine Lebensleistung sind heute von Norbert Blüm für uns alle gewürdigt worden.

Die CDU ist stolz auf ihren Vorsitzenden, stolz auf unseren Bundeskanzler Helmut Kohl.

Wir haben Helmut Kohl an der Spitze, wir haben das richtige Team, wir haben gute Konzepte. Wir werden einen Erneuerungsschub auslösen in Deutschland.

Nicht alles, was wir tun müssen, ist populär. Aber die Menschen spüren doch: Es ist notwendig und vernünftig. Die Richtung stimmt.

Erst vor wenigen Wochen hat die CDU bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen gesiegt. Vor zwei Jahren bei der Landtagswahl lag die CDU noch acht Prozentpunkte hinter der SPD zurück. Jetzt bei der Kommunalwahl hat die CDU die SPD souverän überrundet und liegt mit klarem Vorsprung an der Spitze.

Zu diesem Ergebnis gratuliere ich der gesamten niedersächsischen CDU sehr herz-

lich. Wenn wir weiter so arbeiten, heißt der nächste Ministerpräsident von Niedersachsen Christian Wulff.

Das Kommunalwahlergebnis wurde übrigens erzielt in einem Wahlkampf, in dem sich Herr Schröder von jeder Plakatwand den Wählern anpries. Es ist derselbe Herr Schröder, der nach einem Bericht der Leipziger Volkszeitung vom 15. Januar 1996 vor 400 niedersächsischen SPD-Kommunalpolitikern gesagt hat, man müsse aufpassen, „daß der Aufbruch Ost nicht zum Abbruch West werde“. Derselbe Herr Schröder hat weiter gesagt: „Manchmal wünscht man den Südkoreanern eine Widervereinigung mit dem Norden, damit die auf den Weltmärkten etwas schwächer werden“. Und über die neuen Länder hat er gesagt: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten.“ Dieser Mann greift offen nach der SPD-Kanzlerkandidatur. Ich spreche ihm hierzu jegliches moralische Recht ab.

In sechs Jahren viel geschafft

Hier von Hannover sind es keine hundert Kilometer nach Helmstedt – dem bekanntesten der ehemaligen innerdeutschen Grenzübergänge. Wer heute mit dem Auto von Niedersachsen nach Sachsen-Anhalt fährt, kann immer noch die Narben sehen, die vier Jahrzehnte deutsche Teilung hinterlassen haben. Schlagbaum und Grenzsäule, Sperrgraben und Hundelaufanlage sind abmontiert. Aber die Autobahn wird seitlich an den ehemaligen Abfertigungshallen, Kontrollanlagen und Mauerresten vorbeigeführt. Diese Gedenkstätte der deutschen Teilung ist ein Mahnmal, das erhalten bleibt, um uns immer wieder an den DDR-Zwangsstaat zu erinnern. Um uns immer wieder daran zu erinnern, wie das menschenverachtende Regime der SED mit den Bürgerinnen und Bürgern umgegangen ist.

**Die Gedenkstätte in Helmstedt/Mari-
enborn sagt uns: Nie wieder werden**

wir es zulassen, daß Menschen in Deutschland in Unfreiheit leben müssen.

In den sechs Jahren der deutschen Einheit haben wir viel geschafft. Wir können mit Selbstbewußtsein auf unsere Erfolge in der Wirtschaft, vor allem aber in der Angleichung der Lebensverhältnisse blicken. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat ermittelt, was sich alles in den vergangenen Jahren positiv verändert hat. Es ist eine beachtliche Bilanz.

Das ist zuallererst ein Verdienst der Menschen in den neuen Ländern, die sich unter großen Anstrengungen an die Aufbauarbeit gemacht haben. Es ist aber auch ein Ergebnis der Politik der CDU.

Was Angela Merkel und Claudia Nolte, was Berndt Seite, Rainer Eppelmann und Eberhard Diepgen, was Christoph Bergner, Bernhard Vogel und Kurt Biedenkopf für die neuen Länder geleistet haben, ist herausragend. Dafür möchte ich ihnen und allen, die sich für die CDU in den neuen Ländern einsetzen, danken.

In diesen Tagen erreichte mich der Brief einer engagierten Frau, Teilnehmerin der Montagsdemonstrationen und Abgeordnete in der ersten frei gewählten Volkskammer. Sie schreibt mir zum Thema PDS:

„Hat man die Gefahr, die von dieser Partei ausgeht, aus den Augen verlorren? Lassen wir uns von den populistischen Äußerungen, daß die gewendete SED eine demokratische Partei sei, die einen Wandlungsprozeß durchläuft, verblenden? Ein Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn er sich ein Schaffell umhängt!“

Und sie fährt fort:

„Viel zu sehr sitzen im sechsten Jahr der Einheit alte Funktionseleiten der DDR wieder auf herausgehobenen Posten.“

Soweit der Brief.

Was hier angesprochen ist, gilt nicht nur für die PDS. Einen traurigen Beleg für diese Befürchtung hat auch die SPD geliefert: In Brandenburg hat sie Rosemarie Will, eine Juristin mit lupenreiner SED-Karriere, zur Richterin am Landesverfassungsgericht gemacht. Diese Frau hat sich in der Sowjetunion schulen lassen. Sie gehörte in der DDR bis zuletzt den „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ an.

Ich will Ihnen nur ein Zitat aus der Habilitationsschrift von Frau Will vorlesen. Da heißt es:

„Der bürgerliche Staat als der unumstritten wichtigste Teil der politischen Macht der herrschenden Klasse mußte von der Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution zerschlagen werden.“

Der brandenburgische SPD-Vorsitzende hat gesagt, die Wahl von Frau Will ins Verfassungsgericht stehe für die „Rückkehr zur Normalität“. (Berliner Zeitung, 20.9.1996) Ein verräterisches Wort. Was ist das für eine Normalität? Es kann und darf in unserer Demokratie nicht normal werden, daß eine Ideologin des Unrechts zum Wächter über unser Recht eingesetzt wird. Wir werden verhindern, daß so etwas normal wird in Deutschland.

Die DDR ist untergegangen, aber die sozialistische Herausforderung existiert weiter. Sie stellt sich uns vor allem in Form der PDS. Lassen wir uns von kommunistischen Tricksern nicht blenden: Ein geschickter Mediengaukler macht noch keine demokratische Partei. Die PDS leugnet die Diktaturvergangenheit. Sie sät Zwietracht zwischen Ost und West. Sie versucht schon wieder, die Menschen in sozialistische Sackgassen zu locken.

Die PDS spricht nicht für die Menschen im Osten. Sie verführt und betrügt sie. Diese Partei kann und darf kein Partner für demokratische Politik sein. Diese Partei muß bekämpft werden, mit ganzer Entschiedenheit.

Richtungsentscheidung

Die Bundestagswahl 1998 wird noch eindeutiger als die Wahl von 1994 eine Richtungsentscheidung sein. Eindeutiger deshalb, weil die SPD noch weiter in Richtung PDS abgedriftet ist. In dieser Beziehung kann man sich auf Lafontaine verlassen: Wenn SPD und Grüne 1998 gemeinsam mit der PDS auch nur eine Stimme Mehrheit haben, dann werden sie diese Mehrheit nutzen, um an die Macht zu kommen. Und ich werde nicht aufhören, das immer wieder deutlich auszusprechen.

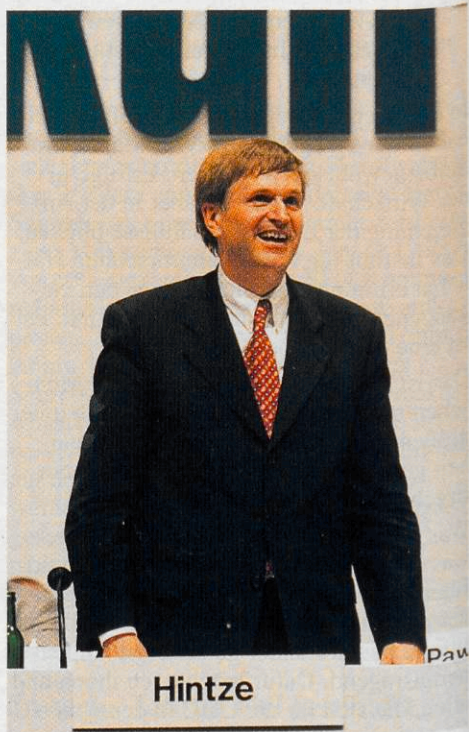
Die zweite Entscheidungsfrage, um die es 1998 geht, ist die Frage nach der Zukunftskompetenz. Wem trauen die Menschen zu, dieses Land sicher durch die Zeitenwende zu führen? Wir, die Union, stellen uns den Herausforderungen.

Unsere größte Herausforderung ist die Arbeitslosigkeit. Die Menschen fragen uns: Geht es eigentlich gerecht zu in Deutschland? Manager werden gelobt, die am energischsten Personalabbau betreiben. Die Gewinne der Großunternehmen steigen, die Arbeitsplatzzahlen sinken. *Jobless Growth* – Wachstum ohne entsprechenden Zuwachs an Arbeitsplätzen – nennen es die Wissenschaftler.

Das alles läuft auf die Frage zu: Wird es unter den veränderten Bedingungen – Stichwort „Globalisierung“ – noch Arbeit für alle geben können? Was können die Tarifparteien, was kann die Politik tun, damit bezahlbare Arbeitsplätze für alle da sind, die arbeiten wollen?

Die Antwort heißt: Innovation! Da wir auf der Welt nie die Billigsten sein können, müssen wir die Besten sein.

Die Analyse des „Internationalen Beschäftigungs-Ranking 1996“ – verfaßt von Wirtschaftswissenschaftlern der Universität Witten/Herdecke – formuliert zu Recht: „Der Welthandel ist eben kein Nullsummenspiel, in dem Exporte des einen Landes zwangsläufig zu Lasten ande-



rer Länder gehen, sondern er bietet im Gegenteil Chancen für mehr Wohlstand und Wachstum für alle Länder...“ Der Bericht nennt allerdings auch die Voraussetzungen, um diese Chancen zu nutzen: vor allem „einen hohen Grad an Mobilität und die Bereitschaft zu ständigem Strukturwandel“.

Wie schwer wir uns damit in Deutschland tun, haben wir erlebt bei der Änderung des Ladenschlußgesetzes.

Nicht die Globalisierung ist unser Problem, sondern ein Mangel an Flexibilität und Phantasie. Die Innovationen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.

In dieser Situation klagt die rot-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein gegen den Bau der Magnetschwebbahn Transrapid. Rot-Grün klagt gegen ein

Stück Zukunft. Unsere Antwort kann nur heißen: Zukunft ohne Rot-Grün.

Mehr Frauen als bisher für unsere Arbeit gewinnen

Um Innovation und Erneuerung geht es nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Denn soviel steht fest: Wir können nicht überall im Land zur Erneuerung aufrufen, und in unserer eigenen Partei bleibt alles beim alten. Die Notwendigkeit von Reformen macht nicht vor der Haustür der CDU halt.

Unerledigt ist eine Aufgabe, die heute erneut auf der Tagesordnung steht: die stärkere Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten.

Heute erleben wir einen Vormarsch qualifizierter Frauen in allen Lebensbereichen. Es wäre für die Zukunft unserer Partei von großem Schaden, wenn dieser Marsch an der CDU vorbeizöge.

Es geht darum, mehr Frauen als bisher für die Arbeit in den Gremien unserer CDU zu gewinnen. Ich bitte Sie sehr eindringlich, die Bedeutung dieses Themas nicht gering zu schätzen. Wir können es uns nicht leisten, auf das Potential zu verzichten, das diese Frauen einbringen. Und wir können es uns schon gar nicht erlauben, das Thema erst dann aufzugreifen, wenn uns die Wählerinnen eines Tages dazu zwingen.

Der Bundesvorstand hat deshalb einen Antrag beschlossen, der sicherstellen soll, daß bei zukünftigen Wahlen mindestens ein Drittel der Ämter und Mandate mit Frauen besetzt wird. In diesem Antrag haben wir die Kritik an der Kompliziertheit der Karlsruher Regelung berücksichtigt und eine – einfacher zu praktizierende – Regelung gefunden.

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen vor, daß bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern der erste Wahlgang nur gültig ist, wenn

ein Drittel der Ämter an Frauen vergeben wurde. Dies wird dazu führen, daß schon in der Vorbereitung der Wahlen mehr Kandidatinnen vorgeschlagen werden. Die positive Vorwirkung der neuen Regelung spiegelt sich ja bereits in den Vorschlägen für die anschließenden Wahlen wider.

Mit dieser Satzungsänderung wird ein unübersehbares Richtungssignal für künftige Wahlen in unserer Partei gesetzt.

Nun gibt es Einwendungen, unsere CDU brauche keine Satzungsregelung zur Frauenerförderung. Jede Frau, die mitarbeiten wolle, könne dies auch tun. Das ist aber leider nur Theorie. Die Fakten sehen anders aus. 54 Prozent der Wahlberechtigten sind Frauen. In unserer Bundestagsfraktion entfallen aber nur 14 Prozent der Mandate auf Frauen. In der Mitgliedschaft liegt der Anteil der weiblichen Mitglieder lediglich bei knapp 25 Prozent.

Diese Beispiele zeigen, daß es Handlungsbedarf gibt.

Ich bin davon überzeugt, daß wir heute mit der Verabschiedung unseres Satzungsantrages eine wichtige Entscheidung für die Zukunftsfähigkeit unserer CDU treffen.

Die Aufgabe der Union

Als Christliche Demokraten wissen wir, daß es kein abschließendes Bild von der Zukunft gibt. Wie unsere Kinder und Enkel in Jahrzehnten leben werden, weiß heute niemand. Wir werden aber dafür sorgen, daß sie ebenso wie wir das Recht und die Freiheit haben, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Es geht darum, daß wir durch richtige Entscheidungen in der Gegenwart diesen Weg zum freien und selbstbestimmten Leben zukünftiger Generationen offenhalten. Das ist die Aufgabe der Union.

(Anhaltender Beifall)



Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU

Das **Statut der CDU** wird wie folgt geändert:

1. Hinter § 14 Statut wird folgender **neuer Abschnitt C.** eingefügt:

„C. Gleichstellung von Frauen und Männern“

Die bisherigen Abschnitte C. bis G. werden zu Abschnitten D. bis H.

2. Es wird folgender neuer § 15 im neuen Abschnitt C. eingefügt:

§ 15 (Gleichstellung von Frauen und Männern)

(1) Der Bundesvorstand und die Vorstände der Landes-, Bezirks-, Kreis-, Stadt-/Gemeinde- bzw. Stadtbezirksverbände und der Ortsverbände der Partei sowie die Vorstände der entsprechenden Organisationsstufen aller Bundesvereinigungen und Sonderorganisationen der CDU sind verpflichtet, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich durchzusetzen.

(2) Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.

(3) Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Absatz 2 zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigt. Wird

bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.

(4) Bei Direkt-Kandidaturen für Kommunal- und Landtagswahlen, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament ist durch den Vorstand der entscheidungsberechtigten Organisationseinheit auf eine ausreichende Beteiligung von Frauen hinzuwirken. Gleiches gilt für die Vorstände mitentscheidungsberechtigter Organisationseinheiten.

(5) Bei der Aufstellung von Listen für Kommunal- und Landtagswahlen, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament soll das vorschlagsberechtigte Gremium unter drei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlagen. Wahlkreiskandidatinnen sollen dabei vorrangig berücksichtigt werden. Das Recht der über die Listenvorschläge entscheidenden Gremien, für jeden Listenplatz Frauen oder Männer als Gegen- und Ergänzungsvorschläge zu benennen, bleibt unberührt.

Sollte es dem vorschlagsberechtigten Gremium nicht gelungen sein, ausreichend Frauen auf dem Listenvorschlag zu berücksichtigen, so ist dies vor der entscheidungsberechtigten Versammlung darzulegen und zu begründen.

(6) Der Generalsekretär erstattet dem Parteitag regelmäßig Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU.

(7) Die Einfügung des neuen Abschnitts C. sowie dieser § 15 treten, ohne daß es einer ausdrücklichen Änderung dieses Statuts bedarf, mit Ablauf des 31. Dezember 2001 außer Kraft, falls nicht vorher der Bundesparteitag die weitere Gültigkeit der

vorgenannten Satzungsvorschriften beschließt.“

3. Die §§ 15 (alt) und 16 (alt) Statut werden zu §§ 16 (neu) und 17 (neu) Statut.

Das Ergebnis der Abstimmung . . .

. . . über die Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU:

Abgegebene Stimmen: 926

Ungültige Stimmen: 6

Enthaltungen: 14

Gültige Stimmen: 906

Mit Ja stimmten: 609

Mit Nein stimmten: 297

Die erforderliche Mehrheit lag bei 501 Stimmen.

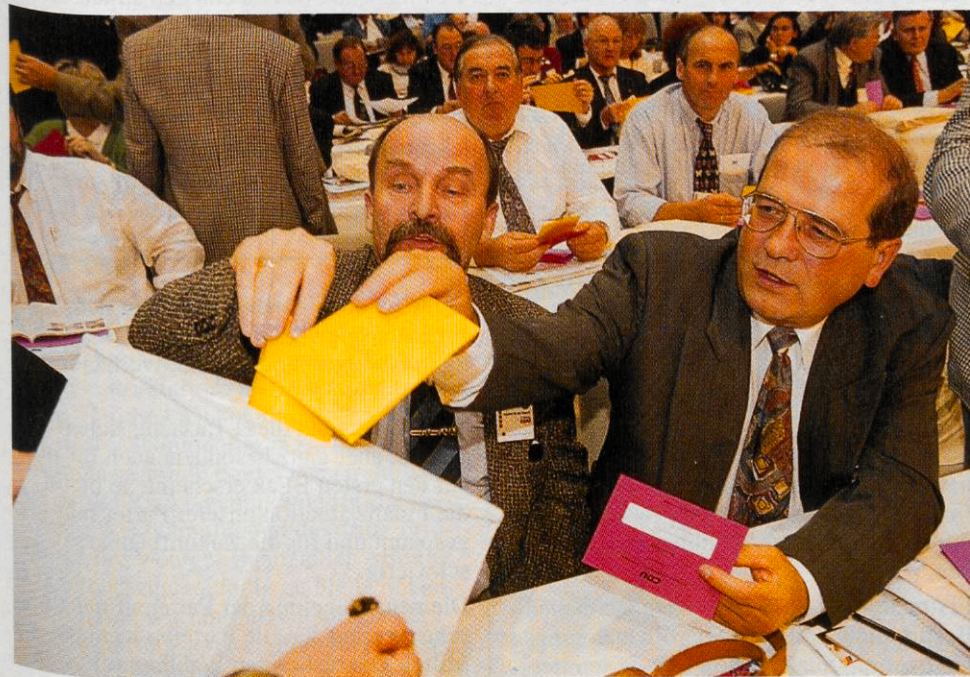
Änderung der Geschäftsordnung der CDU

Die **Geschäftsordnung der CDU (GO-CDU)** vom 23. 6. 1975 (zuletzt geändert am 18. 10. 1995), die gemäß § 29 (5) Statut, § 1 GO-CDU Bestandteil des Statuts der CDU ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 12 (**Feststellung von Mehrheiten bei Wahlen und Abstimmungen, Form und Frist für Kandidatenvorschläge**) wird folgender **neuer Absatz 2** eingefügt:

„(2) Hängt die Ausübung von Antrags- oder Vorschlagsrechten oder die Ermittlung des Ergebnisses von Wahlen und Abstimmungen nach näherer Bestimmung des jeweiligen Satzungsrechts davon ab, daß für die antrags- oder vorschlagsberechtigte Minderheit oder für die bei Wahlen und Abstimmungen erforderliche Mehrheit mindestens ein bestimmter Bruchteil der Zahl der Mitglieder des jeweiligen Parteiorgans oder der Anwesenden oder der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen oder der Zahl der zu besetzenden Plätze erreicht wird, so richtet sich die Ermittlung des dem Bruchteil entsprechenden Quorums oder Ergebnisses nach den allgemeinen mathematischen Abrundungs- und Aufrundungsregeln. Daher sind Bruchteile hinter ganzen Zahlen dann abzurunden, wenn sie den Wert von 0,5 (die Hälfte) einer ganzen Zahl nicht erreichen; sonst sind sie zur nächsten ganzen Zahl aufzurunden.“

2. Die Absätze 2 (alt) bis 5 (alt) werden zu Absätzen 3 (neu) bis 6 (neu).



Brigitte Baumeister:

Wir müssen die Einnahmesituation unserer Partei verbessern

Der heutige Berichtszeitraum erstreckt sich über die Jahre 1994 und 1995. Mir ist sehr wohl klar, daß dieser Tagesordnungspunkt Ihrem Verständnis nach nicht zu den Höhepunkten zählt. Trotzdem, denke ich, ist es wichtig und richtig, Ihnen über die Finanzlage der CDU Auskunft zu geben.

Ende 1994 betragen die Verbindlichkeiten noch 25 Millionen DM. Sie wissen, daß es, als ich angetreten bin, mein Hauptziel war, die Verbindlichkeiten der Bundespartei gänzlich abzubauen. Bis Ende 1995 gingen sie auf zirka 11,7 Millionen DM zurück. Heute bin ich froh, Ihnen mitteilen zu können, daß das Ziel erreicht wurde, daß die Partei keinerlei Bankschulden mehr aufweist.

Gelungen ist dies trotz knapperer finanzieller Mittel. Denn die Bundesgeschäftsstelle hat sowohl bei dem Haushalt 1994 als auch beim Haushalt 1995 sowie bei dem Bundestagswahlkampf und bei dem Europawahlkampf 1994 deutlich weniger Mittel, als angesetzt worden sind, ausgegeben. Ferner konnten die staatlichen Mittel aus der Übergangs- und Schlußregelung bei Inkrafttreten des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes zum großen Teil für die Tilgung unserer Schulden genutzt werden.

Erstmalig mußte ab 1994 nach den neuen Bestimmungen des Parteienfinanzierungsgesetzes ein Schlüssel für den parteiinter-

nen Finanzausgleich gefunden werden. Es war nicht einfach, aber es ist uns gelungen. Dabei mußten die Mittel nicht nur vertikal zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden neu geordnet werden. Es mußte auch der unterschiedlichen finanziellen Situation in den einzelnen Landesverbänden Rechnung getragen werden.

Es wird auch in den nächsten Jahren notwendig sein – das möchte ich an dieser

Bericht der Bundesschatzmeisterin. Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1994 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz erfolgte schriftlich.

Stelle betonen –, beim parteiinternen Finanzausgleich die extrem schwierige Situation einiger junger Landesverbände zu berücksichtigen.

So befriedigend diese Tatsache sicherlich für Sie, aber ganz besonders auch für mich auf den ersten Blick erscheint, so bleibt die Finanzsituation unserer Partei sehr angespannt und für die Zukunft äußerst schwierig.

Die neue Regelung der Parteienfinanzierung erbringt für alle Parteien weniger Mittel. Die bisherigen Wahlkampfkosten-

erstattungen fallen weg; dieser Herausforderung muß sich auch die CDU stellen. Hinzu kommt, daß sich auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen auch die Einnahmesituation für die CDU, insbesondere im Bereich der Spenden, deutlich verschlechtert hat.

An zwei Beispielen will ich Ihnen dies deutlich machen. Erstens: Es gibt keine steuerliche Abzugsfähigkeit mehr für Unternehmensspenden. Zweitens – das drückt uns auch sehr –: Die Veröffentlichungsgrenze ist von 40 000 DM auf 20 000 DM abgesenkt worden.

Im Ergebnis heißt das für uns: Die künftigen Etats für die Bundesgeschäftsstelle sowie für die nächsten Wahlkämpfe müssen dieser veränderten Finanzsituation Rechnung tragen.

Die neue gesetzliche Regelung, die nunmehr im dritten Jahr in Kraft ist, bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf die künftige Struktur der Finanzierung unserer Partei. Für die CDU heißt das: Erste Priorität ist die Schuldentilgung – das haben wir im Augenblick erreicht –, zweite Priorität ist die Rücklagenbildung für die kommenden Wahlkämpfe, und die dritte Priorität ist, mit weniger finanziellen Mitteln trotzdem kampagnefähig zu bleiben. Deshalb müssen wir jährlich entsprechende Rücklagen für Wahlkämpfe bilden. Wird dies nicht geschehen, droht die Gefahr,



daß im Wahlkampf neu aufgenommene Kredite nicht mehr getilgt werden können. Was können wir nun tun, um die Einnahmesituation unserer Partei zu verbessern?

1. Staatliche Teilfinanzierung:

Ich möchte erstens die staatliche Teilfinanzierung erwähnen. Im Bereich der staatlichen Teilfinanzierung wird es nach meiner Meinung in nächster Zeit keine wesentliche Veränderung geben. Bestenfalls wird die von der Parteifinanzierungskommission beim Bundespräsidenten festgestellte Preisentwicklung künftig mit berücksichtigt.

2. Spenden:

Ich meine, es ist um so wichtiger, daß wir als CDU, die wir mehr als andere Parteien

Spenden bekommen haben, uns diesem Thema zuwenden. Die strukturelle Veränderung im Spendenbereich stellte mich vor eine schwierige Aufgabe. Nach der Beendigung des Vertrages mit einem kommerziellen Spendensammler und den damit gemachten Erfahrungen auf allen Parteebenen haben wir uns mit Zustimmung der Finanzkommission für die Direktsprache potentieller Spender entschieden. Die Trennung war erforderlich. Sie war schwierig und hat nicht nur mich, sondern auch viele andere viel Kraft gekostet.

Der seit 1995 eingeschlagene Weg soll der Partei völlig neue Spenderkreise erschließen. Dies ist im übrigen auch die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes und Ausdruck der in seinem Urteil verlangten größeren „Basisverwurzelung“ der Parteien. In Abstimmung mit den Landesverbänden haben wir bislang drei solcher Aktionen durchgeführt. Dabei wurden – das ist mir ganz besonders wichtig – keine bisherigen Spender anderer Gliederungen angesprochen.

Die Resonanz war ermutigend. Mit einer stetig verbesserten Auswahl des Personenkreises wollen wir die Arbeit in dieser Weise fortsetzen.

Wichtig bei dieser ganzen Aktion ist mir dabei nicht nur die Spende, sondern in gleicher Weise auch der Dialog und die Information für die angesprochenen Personen. Ich möchte an dieser Stelle den Landesverbänden für ihre gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Bereich danken. Gerade beim Direktmarketing ist die Zusammenarbeit wesentlich besser geworden, stetig intensiviert worden und bietet die Möglichkeit, die Spendenwerbung auch auf die Landesverbände zu übertragen.

Wir alle gewinnen, glaube ich, immer mehr die Erkenntnis, daß wir nur dann gegenüber der politischen Konkurrenz wirk-

lich Erfolg haben, wenn wir alle an dem gemeinsamen Ziel einer erfolgreichen Spendenwerbung mitarbeiten. Deshalb bitte ich an dieser Stelle auch alle Kreis- und Ortsverbände um Unterstützung in dieser Sache.

3. Mitgliederwerbung:

Schließlich können wir auch durch unseren gemeinsamen Einsatz vor Ort neue Mitglieder für unsere Partei gewinnen. Sehr anschaulich hat uns dies der Landesvorsitzende von Niedersachsen, Herr Wulff, am heutigen Vormittag mit seinen Worten dokumentiert. Das heißt nicht nur, daß wir mehr Bürgerinnen und Bürger von unserer Politik überzeugen müssen, sondern daß wir sie auch zur Mitarbeit bewegen sollten, um auf diese Weise auch die Einnahmesituation unserer Partei auf allen Ebenen zu verbessern.

Deshalb möchte ich an Sie alle appellieren: Helfen Sie in Ihren Gliederungen mit, neue Mitglieder für unsere Partei zu werben.

Dazu gehört meines Erachtens aber auch, daß die Vorstände der Kreis- und Ortsverbände sowie die Geschäftsführer die derzeitigen Beiträge unserer Mitglieder überprüfen und gegebenenfalls angemessen anpassen. Wie der Rechenschaftsbericht 1995 im Vergleich zu 1994 zeigt, sind wir dabei auf einem guten Wege. Trotz noch leicht sinkender Mitgliederzahlen weist der Rechenschaftsbericht 1995 im Vergleich mit dem Jahr 1994 rund 5 Millionen Mark mehr an Mitgliedsbeiträgen aus. Trotzdem dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen und müssen unsere Bemühungen fortsetzen.

Zum Schluß möchte ich mich noch mit zwei Anmerkungen, die mir ganz besonders am Herzen liegen, an Sie wenden.

Ich möchte zunächst allen Parteimitgliedern, ganz besonders den ehrenamtlichen

Schatzmeistern sowie den Geschäftsführern, die in den vergangenen Jahren, nämlich seit 1994, die neue und – ich glaube – sehr zeit- und arbeitsaufwendige Beitrags- und Spendenverwaltung aufgebaut haben, ganz herzlich für ihr Engagement danken.

Durch ihre sorgfältige und pünktliche Arbeit sind wir auf dem besten Wege, eine fast einhundertprozentige Übereinstimmung zwischen den Gesamtbeträgen der Spenden und Beiträge von natürlichen Personen und dem bezuschussungsfähigen Betrag insgesamt zu erreichen. Ich glaube, das ist im Vergleich zum Vorjahr eine ganz großartige Leistung.

In meinen Dank schließe ich selbstverständlich auch die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und die Mitarbeiter unserer UBG mit ein.

Abschließend möchte ich noch betonen, daß für mich persönlich die Grenzen der Zumutbarkeit im Hinblick auf Verwal-

tungsaufwand als Voraussetzung für die Erlangung von staatlichen Zuwendungen erreicht ist.

Die dafür notwendigen Kosten schmälern unsere geringen Einnahmen noch einmal ganz erheblich, und ich bin der Überzeugung, daß die Parteien ihre Kräfte noch mehr auf die eigentlichen Aufgaben konzentrieren müssen. Dafür erhalten sie Beiträge, Spenden und öffentliche Zuwendungen.

Die neue Parteienfinanzierung stellt uns vor große Herausforderungen. Ich bin mir sicher, daß wir als CDU diese auch bewältigen werden. Dafür benötige ich weiterhin Ihre Mitarbeit und Unterstützung. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für diese bislang geleistete Mitarbeit und Unterstützung bedanken. Und ich will Ihnen versprechen, daß ich gerne auf diesem Weg weiterarbeiten werde.

(Anhaltender Beifall)

Die Zusammensetzung des CDU-Bundesvorstandes ist in Paragraph 33 des Statuts der CDU festgelegt. Dieser Paragraph lautet:

(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Ehrevorsitzenden, dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, den vier Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister, sieben weiteren Mitgliedern des Präsidiums sowie den weiteren sechsundzwanzig gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes,
2. dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie dem Präsidenten des Europäischen

Parlamentes und dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören,

3. den Vorsitzenden der Landesverbände, soweit nicht dem Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffern 1 oder 2 angehören.

(2) Der Bundesgeschäftsführer nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

(3) Die Mitglieder des Bundesvorstandes können sich nicht vertreten lassen.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Bundesvorstand

Wahl des Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Helmut Kohl

Abgegebene Stimmen: 885

Gültige Stimmen: 870

Ja: 831 = 95,5 Prozent

Wahl des Generalsekretärs:

Es wurde gewählt:

Peter Hintze

Abgegebene Stimmen: 905

Gültige Stimmen: 851

Ja: 692 = 81,3 Prozent

Wahl der Bundesschatzmeisterin:

Es wurde gewählt:

Brigitte Baumeister

Abgegebene Stimmen: 987

Gültige Stimmen: 952

Ja: 913 = 95,9 Prozent

Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden:

Abgegebene Stimmen: 939

Gültige Stimmen: 939

Es wurden gewählt:

Norbert Blüm:

820 Stimmen = 87,3 Prozent

Angela Merkel:

811 Stimmen = 86,4 Prozent



Erwin Teufel:

776 Stimmen = 82,6 Prozent

Christoph Bergner:

667 Stimmen = 71 Prozent

Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums:

Abgegebene Stimmen: 960

Gültige Stimmen: 958

Es wurden gewählt:

Rudolf Seiters:

791 Stimmen = 82,6 Prozent

Claudia Nolte:

759 Stimmen = 79,2 Prozent

Christa Thoben:

744 Stimmen = 77,7 Prozent

Klaus Töpfer:

725 Stimmen = 75,7 Prozent

Volker Rühle:

690 Stimmen = 72,0 Prozent

Manfred Kanther:

626 Stimmen = 65,3 Prozent

Rainer Eppelmann:

621 Stimmen = 64,8 Prozent

Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Abgegebene Stimmen: 956

Gültige Stimmen: 944

Erforderliche Mehrheit: 473

Es wurden gewählt:

Bernhard Vogel:

815 Stimmen = 86,3 Prozent

Rita Pawelski:

791 Stimmen = 83,8 Prozent

Kurt H. Biedenkopf:

784 Stimmen = 83,1 Prozent

Heiner Geißler:

777 Stimmen = 82,3 Prozent

Eberhard Diepgen:

758 Stimmen = 80,3 Prozent

Berndt Seite:

753 Stimmen = 79,8 Prozent

Matthias Wissmann:

745 Stimmen = 78,9 Prozent

Johannes Gerster:

742 Stimmen = 78,6 Prozent

Godelieve Quisthoudt-Rowohl:

739 Stimmen = 78,3 Prozent

Arnold Vaatz:

729 Stimmen = 77,2 Prozent

Cornelia Yzer:

724 Stimmen = 76,7 Prozent

Rupert Scholz:

681 Stimmen = 72,1 Prozent

Otti Geschka:

677 Stimmen = 71,7 Prozent

Maria Böhmer:

659 Stimmen = 69,8 Prozent

Marion Fischer:

649 Stimmen = 68,8 Prozent

Helmut Linssen:

648 Stimmen = 68,6 Prozent

Ottfried Hennig:

644 Stimmen = 68,2 Prozent

Maria Michalk:

637 Stimmen = 67,5 Prozent

Christiane Lieberknecht:

625 Stimmen = 66,2 Prozent

Andreas Renner:

622 Stimmen = 65,9 Prozent

Anne-Karin Glase:

620 Stimmen = 65,7 Prozent

Renate Hellwig:

618 Stimmen = 65,5 Prozent

Hans-Peter Repnik:

574 Stimmen = 60,8 Prozent

Alexander Graf von Schwerin:

564 Stimmen = 59,7 Prozent

Otto Wulff:

553 Stimmen = 58,6 Prozent

Klaus Escher:

525 Stimmen = 55,6 Prozent

Norbert Blüm:

Das Geheimnis Ihres Erfolges: daß Sie die Menschen gern haben

Bevor wir im Parteitag fortfahren, Rede und Gegenrede hören, Anträge beraten, wählen, bitte ich Sie, einen Moment innezuhalten. Ich bitte Sie um einen Moment Besinnung. Helmut Kohl – 14 Jahre Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, in wenigen Tagen länger im Amt als der große Konrad Adenauer.

Lieber Helmut Kohl, die Christlich Demokratische Union Deutschlands dankt Ihnen für eine große Lebensleistung.

Sie haben immer in der Kritik gestanden. Sie mußten immer Widerspruch ertragen. Das wird auch in Zukunft so sein. Schlimm eine Gesellschaft ohne Kritik – sie ist ein Teil demokratischer Lebenslust –, aber schlimmer noch eine Gesellschaft der Undankbarkeit! Wir haben Grund, Ihnen Anerkennung und Dank zu sagen. Auch manche Ihrer Gegner von gestern können streng vertraulich ihre Bewunderung nicht zurückhalten.

Sie haben sich um unser Volk verdient gemacht. Ich trage das hier nicht als Abschlußbilanz vor.

Ich mache hier nur Zwischenbemerkungen. Das letzte Urteil hat der liebe Gott.

Helmut Kohl, Sie sind der Bundeskanzler zweier großer Projekte, der deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Das sind die besten Projekte, für die sich Deutsche in diesem Jahrhundert einsetzen.

Wir haben uns schon für hundsmiserable Ziele eingesetzt. Deutsche Einheit und europäische Einigung aber sind die besten Ziele. Es sind die großen politischen Lebensziele von Helmut Kohl. Sie gehören zusammen. Ohne europäische Einigung wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen, und ohne deutsche Einheit wäre die europäische Einigung nicht möglich. Mauer und Eiserner Vorhang hatten die gleichen Konstrukteure.

Meine Damen und Herren, es war ja nicht das erste Mal, daß wir die deutsche Einheit zu erreichen versuchten. Zwischen 1871 und 1990 liegen 119 Jahre; damals: gegen Europa und mit Krieg, diesmal: mit Europa und in Frieden.

Werfen wir einen Blick auf die Bilder, die wir mit diesen Ereignissen verbinden. 1871 wird Wilhelm I. im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen: viel Ordensbrüste, viel Säbel, viel Degen, viel Obrigkeit. 1990 öffnet sich das Brandenburger Tor: Ein Volk liegt sich mit Freudentränen in den Armen. Das ist der Unterschied zwischen 1871 und 1990.

Sie, lieber Helmut Kohl, haben Glück, in dieser Zeit Kanzler zu sein. Aber wir haben auch Glück, daß Sie in dieser Zeit Kanzler sind.

Im Blitzlicht einer historischen Sekunde haben Sie die Chance ergriffen, die schon wenig später vertan gewesen wäre. Das Glück ist kein Geschenk. Es ist das Ergeb-

nis des Mutes von vielen Bürgerinnen und Bürgern in der ehemaligen DDR, die auf die Straße gegangen sind, die etwas riskiert haben, die ihre Existenz aufs Spiel gesetzt haben. Es ist zugleich das Verdienst Ihrer Entschlossenheit. Als andere zauderten, zögerten und zitterten, haben Sie gehandelt.

Es ist das Verdienst von Mut und Entschlossenheit und, wie ich hinzufügen, auch von Klugheit und Besonnenheit.

Lieber Helmut Kohl, mir ist eine Situation unvergessen. Sie haben im Dezember 1989 in der Frauenkirche in Dresden vor einer Menschenmenge mit brodelnder Erwartung und einer Mischung von Angst und Mut gesprochen. Das Eis war ganz dünn. Sie haben sich bei Ihrer Rede nur auf einen Zettel mit Stichworten gestützt. Ich war dabei. Sie haben damals nicht die

Dämme brechen lassen. Sie haben Mut mit Klugheit verbunden. Sie haben eine Perspektive aufgezeigt, ohne daß es zu einem Dammbbruch kam.

Die CDU Deutschlands ist stolz auf ihren Kanzler.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Helmut Kohl, ich war über eine lange Wegstrecke in Ihrer Nähe, einmal vor Ihnen, einmal hinter Ihnen; zuweilen war ich dagegen, meistens war ich dafür. Ich war immer an Ihrer Seite. Sie sagen immer: auf einer Seite. – Ob das rechts oder links ist, ist sowieso nur eine Frage der Definition des Standortes. Ich war jedenfalls immer in Ihrer Nähe. Wenn ich hier ganz privat meine Quintessenz umschreiben soll, so ist es diese: Es ist in einer so fiebrigen Zeit gut, einen Kanzler zu haben, der mit einem hohen Maß an Gelassenheit ausgestattet ist.



Generalsekretär Peter Hintze: Lieber Helmut Kohl, wir schenken Ihnen ein Bild einer Künstlerin, die in Thüringen geboren ist und jetzt in Berlin arbeitet. Sie hat das „Brandenburger Tor“ geschaffen, wuchtig und kraftvoll, wie auch unser Kanzler ist, und wir wollen es ihm schenken. Er ist der Kanzler der deutschen Einheit, und er ist ein würdiger Besitzer dieses Bildes, das uns an das größte Geschenk unserer Geschichte, die deutsche Einheit, erinnert.

Wir leben in einer Zeit, in der das Neue vom Neuesten erschlagen wird. Kein Problem wird ohne Begriffe wie „katastrophal“ oder „skandalös“ beschrieben. Es ist gut, in einer solchen Zeit einen standfesten Kanzler zu haben. Ohne Gelassenheit verliert die Politik Überblick. Ohne Gelassenheit verliert die Politik die Fähigkeit, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Ohne Gelassenheit geht der Politik die Kunst verloren, Prioritäten zu setzen.

Was Hochnäsiges als Aussitzen beschrieben haben, verstehe ich als eine besondere Form von Standhaftigkeit. Ich habe nie verstanden, wie man Stehen bei Ihnen mit Sitzen wechseln kann. Bei anderen Größen wäre das leichter möglich.

Gelassenheit ist auch die Mutter der Zuverlässigkeit. Dies ist meine zweite Quintessenz. Zuverlässigkeit zeichnet den Freund und Politiker Kohl aus: Er ist zuverlässig in bedrängter Zeit, furchtlos im Mediengewitter, nüchtern in der Abschätzung des Machbaren und Zumutbaren. Es ist gut, daß Sie Parteivorsitzender sind. Kohl kennt die Partei nicht aus dem Lehrbuch. Er weiß, wie Plakate geklebt werden. Er weiß, wie ein Kreisverband geführt wird. Er weiß sogar, wie Strippen gezogen werden.

Deshalb gehören Sie zu der Gruppen von Parteifreunden – es gibt verschiedene Gruppen –, die auch in schweren Zeiten Freunde bleiben, nicht nur, wenn es Posten zu verteilen gibt, nicht nur, wenn die Sonne scheint.

Lieber Helmut Kohl, die Politik hat Sie nicht zynisch gemacht. Ich halte den Zynismus für eine große Berufskrankheit älterer Politiker. Sie ist geronnene Enttäuschung. Sie sind menschenfreundlich geblieben. Sie nehmen die Menschen so, wie sie sind, als Wesen wie du und ich, nicht als Teufel, Unmensch oder Engel.

Ich glaube, daß Sie die Menschen gern haben. Das ist das Geheimnis

Ihres Erfolges. Das ist auch der Grund, warum Pflicht bei Ihnen mehr ist als nur Befehl. Pflicht ist für Sie zugleich Neigung. Vielleicht liegt darin sogar ein Stück Ihres internationalen Erfolges. Vielleicht basiert Ihr internationaler Erfolg, Ihre hohe Anerkennung auch auf dem Faktor M – Menschlichkeit.

Das Zeitalter der Ideologen ist vorbei. 150 Jahre lang haben sie uns gequält: Marx, Hitler, Stalin, Lenin. Genug davon! Die Menschen haben genug davon. Jetzt wird nach Menschen gefragt. Gibt es, lieber Helmut Kohl, ein schöneres Kompliment für Sie als das, daß die alten Weggefährten – Schulkameraden, Arbeitskameraden, Parteifreunde – nicht nur stolz darauf sind, daß ihr Helmut Kohl etwas geworden ist, sondern auch darauf stolz, daß Helmut Kohl etwas geblieben ist, nämlich ein Mensch, der nicht abgehoben hat?

Ich sage Ihnen Dank, ebenso Ihrer Frau auch für ihr beispielhaftes Engagement für die behinderten Mitbürger – sowie Ihren Söhnen.

Die CDU ist mehr als ein Zweckverein zur Erlangung und Erhaltung von Macht. Sie muß immer das bleiben, was sie auch für Helmut Kohl ist: nicht ein kaltes Gehäuse der Organisation, nicht ein Lagerhaus mit Karriereleitern, sondern ein Stück familiärer Verbundenheit, vielleicht sogar ein Stück Heimathafen in einer stürmischen Zeit. Die große Volkspartei kann und darf nie nur eine programmatische Partei sein. Das ist ganz wichtig. Sie muß auch ein Verband von Menschen sein, die einem gemeinsamen Ziel, der großen Idee einer christlichen Volkspartei verpflichtet sind.

Die Christlich Demokratische Union dankt ihrem Bundeskanzler, unserem Bundeskanzler, ihrem Parteivorsitzenden, wir danken Helmut Kohl!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Günter Rinsche:

Ein starkes Europa braucht starke und handlungsfähige Institutionen

Europäische Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben

Vor 50 Jahren, am 19. September 1946, beschrieb Winston Churchill in Zürich ein Heilmittel für das damals zerstörte Europa. Wörtlich sagte der britische Staatsmann:

„Worin besteht dieses Heilmittel?

Darin, daß man die europäische Familie, oder doch einen möglichst großen Teil davon, wieder aufrichtet und ihr eine Ordnung gibt, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann.“

Um diese Ordnung geht es auch jetzt. Der Zusammenbruch starrer und totalitärer Systeme ermöglicht eine neue Freiheit in der Gestaltung von Ordnungen und enthält zugleich eine Gefährdung durch Differenzierung partikularer Interessen, mangelnde Zielorientierung und abnehmende Konkordanz. Die Stabilität Europas hat keine Dauergarantie. In einer Zeit des Umbruchs und der zu erwartenden politischen Turbulenzen braucht Europa neue Stabilisatoren, die Festigkeit und Flexibilität gewährleisten. Gültig bleibt die Aussage von Jean Monnet: „Nichts ist möglich ohne den Menschen. Nichts ist von Dauer ohne Institutionen.“ Ein starkes Europa braucht starke und handlungsfähige Institutionen.

Es gilt, die Existenzfragen der Europäer zu ergründen und bewußt zu machen. Es ist notwendig, die eu-

ropäischen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben im 21. Jahrhundert zu schaffen.

Für die Europäische Union kommt es jetzt darauf an,

- ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern,
- ihre Institutionen effizienter zu machen,
- ihre sozialökonomische Leistungsfähigkeit und ihre weltweite Wettbewerbs-

Schriftlich vorgelegter Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

fähigkeit, z. B. durch eine einheitliche, stabile Währung, zu steigern,

- ihre Finanzierungsfähigkeit zu sichern,
- ihre menschenwürdige Ordnung für ganz Europa wirksam werden zu lassen,
- ihre Bürger vor akuten und potentiellen Gefahren zu schützen,
- die Integration irreversibel und dauerhaft zu gestalten und – vor allem –
- die Akzeptanz, d. h. die aktive Zustimmung der Europäer, zu gewinnen.

Vor 2700 Jahren schrieb der griechische Dichter Hesiod: „Wenn du ein Haus baust, vollende es!“ Die Baumeister Europas ha-

ben auf diese Notwendigkeit immer wieder hingewiesen.

Die „windows of opportunity“ (die Fenster der guten Gelegenheiten) sind nicht für immer geöffnet. Die letzten drei Jahre des 20. Jahrhunderts dürfen nicht als eine Zeit der verpaßten Gelegenheiten in die europäische Geschichte eingehen.

Das Haus Europa wetterfest machen!

Diese Überlegungen und Überzeugungen sind die Grundlage der Arbeit aller CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament. Die Schlüsselprobleme und die daraus abzuleitenden Aufgaben der Europäischen Union bestimmen unsere Arbeitsteilung und Schwerpunktbildung. Mit 47 Abgeordneten stellt die CDU/CSU 27 Prozent aller Mandate der EVP-Fraktion und 7,5 Prozent der 626 Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende relativ geringe quantitative Einflußmöglichkeit auf die Politik des Europäischen Parlaments ergänzen und erweitern wir durch eine qualitative Kompetenz und durch eine Konzentration auf solche Schlüsselaufgaben, die gelöst werden müssen, wenn das Haus der Freiheit – Europa – wetterfest gemacht werden soll. Schlüsselpositionen, die von CDU/CSU-Abgeordneten im Sinne dieser Zielsetzung besetzt und gestaltet werden, sind u. a. die Mitgliedschaft in den Präsidien des Parlaments und der Fraktion, in der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung der Regierungskonferenz („Vertiefung der EU“) sowie die Vorträge und Sprecherfunktionen in Kommissionen, Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen der EVP, z. B. der Vorsitz der EVP-Kommission „Erweiterung der EU“, und in wichtigen Ausschüssen und Delegationen des Parlaments. Die hohe Anerkennung, die der Sachkompetenz und dem Engagement der CDU/CSU-Abge-



Günter Rinsche

ordneten sowohl von anderen Gruppen des Parlaments wie auch von Außenstehenden zuteil wird, wurde vor wenigen Wochen auch dadurch wieder sichtbar, daß das Europäische Parlament einen CDU-Abgeordneten zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „BSE und Seuchenbekämpfung“ wählte.

Da die Funktion des gemeinsamen Hauses Europa vor allem auch darin besteht, seine Bürger und Bewohner vor akuten und potentiellen Gefahren zu schützen, kommt dem Schutz der Gesundheit ebenso hohe Bedeutung zu wie der inneren und äußeren Sicherheit, die in der Arbeit der CDU/CSU-Europa-Abgeordneten höchste Priorität hat.

Europa braucht aktive Europäer

Die Integration Europas auf der Grundlage der Freiheit und Freiwilligkeit ist eine bisher einmalige Innovation der Weltpolitik und Weltgeschichte. Sicherlich hat es im Lauf der Geschichte schon mehrere Vielvölkerstaaten und Großreiche gegeben. Assyrien, Persien, das Römische Reich mit einem funktionierenden Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung des Aureus wären hier zu nennen. Aber im Unterschied zu diesen Vielvölkerstaaten sind die Einigung und die Einheit Europas nicht auf militärische Macht, Gewaltfrieden und Hegemonie aufgebaut, sondern auf Übereinstimmung, Demokratie und Gleichberechtigung. Diese Konzeption der Integration entspricht den Grundgedanken des großen Staatsdenkers Nikolaus von

Kues, die dieser in seiner Schrift über die Reichsreform im Jahre 1440 veröffentlichte. Der Kusaner – „ein Deutscher, der früh Europäer wurde“ (so Karl Jaspers) – beschrieb die politischen Erfordernisse der Konkordanz, der Repräsentation, des Aufbaus von unten nach oben und der Einheit in der Vielfalt.

Diese maßgebenden Bestandteile der europäischen Integration sind aber nur dann realisierbar und dauerhaft, wenn die europäischen Bürger diese Konzeption des Zusammenlebens in der Europäischen Union akzeptieren und bewußt bejahen. In einer Zeit, in der die Reform der überlasteten europäischen Wohlfahrtsstaaten unabweisbar wird, auch unabhängig von den sog. Maastricht-Kriterien der Währungsunion, reicht ein „permissiver Konsens“ des Gewährenlassens der europäischen Einigungspolitik nicht mehr aus. Da die Fortschritte der Integration tiefgreifende Änderungen der politischen und sozial-ökonomischen Strukturen bewirken und damit auch alte Rechte und Besitzstände tangieren, sind Unmut, Unverständnis und Widerstand verständlich.

Beim Aufbau einer neuen Ordnung in Europa beweist sich die Richtigkeit einer Erkenntnis des Niccolo Machiavelli, der vor 500 Jahren in seinem „Principe“ schrieb: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß es kein schwierigeres Wagnis gibt, als eine neue Ordnung einzuführen; denn jeder Neuerer hat alle die zu Gegnern, die von der alten Ordnung Vorteile hatten, und er hat an denen nur laue Verteidiger, die sich von der neuen Ordnung Vorteile erhoffen.“

Beim Aufbau einer neuen Ordnung in Europa kommt heute erschwerend hinzu, daß die Komplexität der Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung und die mangelhafte Durchschaubarkeit der europäischen Politik zu Mißverständnissen und Mißdeutungen führen. So erleben die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments in ihren Diskussionen vor Ort, daß

man der europäischen Einigungspolitik vieles anlastet, was undurchsichtig, unklar und unangenehm ist.

Hier gilt der alte Satz: „Was man nicht recht erklären kann, das lastet der EU man an.“

Aus diesen Gegebenheiten ergibt sich die schwierige, aber auch faszinierende Aufgabe der europäischen Information. Kommunikation und Konkordanz, Koordinierung und Kooperation sind die Erfolgsvoraussetzungen der Integration. In seiner Publikation „Das Projekt Europa“ schreibt der Soziologe Richard Münch: „Konsensus wird nun – wie auf nationalstaatlicher Ebene – auch auf europäischer Ebene nur noch durch aktive Mobilisierung von Unterstützung und Zusammenarbeit zu erlangen sein.“

Mit anderen Worten: Europa braucht aktive Europäer. Erforderlich ist die Mobilmachung für das europäische Friedenswerk.

Die CDU/CDU-Abgeordneten widmen sich neben ihren sachpolitischen Aufgaben in den Fachausschüssen und Delegationen des Europäischen Parlaments in verstärktem Maße der europäischen Information und Kommunikation. Da die räumliche Distanz der Arbeitsorte die direkten Kontakte des europäischen Abgeordneten mit seinen Mitbürgern begrenzt, sind die MdEP mehr noch als ihre Kollegen in den anderen politischen Entscheidungsebenen auf Medien und Mittler angewiesen. Als ein Beispiel unter anderen kann die von der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion herausgegebene Schriftenreihe über zentrale Fragen der europäischen Politik genannt werden. In dieser Reihe, die sich steigender Nachfrage erfreut, sind bisher folgende Publikationen erschienen:

- Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten.
- Bericht über den Europapolitischen Kongreß der CDU/CSU-Gruppe in Berlin. (Auflage: 2000 Stück)

- Biotechnologie in der Europäischen Union.
- Schlüsseltechnologie für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. (Auflage: 2000 Stück)
- Europa für Senioren. Senioren für Europa. Die Gründergeneration Europas und ihr Beitrag zur europäischen Zukunft. (Auflage: 4000 Stück)
- Die Wirtschafts- und Währungsunion. Bericht über den Europapolitischen Kongreß der CDU/CSU-Gruppe am 8. Juli 1996 in Wiesbaden. (Auflage: 3000 Stück)

EURO-Dialog: Akzeptanz durch Transparenz

Vor 13 Jahren, am 13. 9. 1983, haben die CDU/CSU-Abgeordneten in der EVP-Fraktion unter Federführung von Gero Pfennig und Rudolf Luster den Entwurf einer Europäischen Verfassung (EP-Dokument 1-653/83) vorgelegt, dessen Artikel 69 lautet:

„1. Die Union errichtet eine unabhängige Währungs- und Notenbank.

2. Sie wird von einem Direktorium geleitet, dessen Mitglieder von der Unionsregierung für einen Zeitraum von 10 Jahren ernannt werden, unabsetzbar sind und keinerlei Weisungen unterliegen.“

Am 14. April 1989 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht mit Entschließungsantrag (EP-Dokument A2-14/89) des CDU-Abgeordneten Otmar Franz über die Entwicklung der europäischen Währungsintegration angenommen. Im Entschließungsantrag von Otmar Franz heißt es u. a.: „Eine europäische Währungsunion würde zur Stabilität im Weltwährungssystem beitragen; außerdem entfielen dann die Kosten des Umtauschs von Währungen und die

Kosten von Devisenkursicherungsgeschäften in der Gemeinschaft; Kosten und Preise würden an Transparenz gewinnen und somit den Wettbewerb verstärken.“

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union am 7. 2. 1992 in Maastricht haben die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Delors-Berichtes und unter maßgeblicher Beteiligung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl die Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Für die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments ergeben sich aus dieser – seit 1983 erstrebten – Beschlußlage zwei große Aufgabenpakete:

- Die aktive parlamentarische Vorbereitung einer stabilitätsgarantierenden und funktionsfähigen europäischen Währung und
- die Gewinnung und Förderung der Zustimmung (Akzeptanz) zum EURO zunächst in den meinungsbildenden Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft und dann bei der Mehrheit der deutschen Bürger.

Die parlamentarische Mitwirkung bei der Vorbereitung zur Einführung des EURO erfolgt vor allem im EP-Ausschuß für Wirtschaft und Währung, der von einem deutschen Christdemokraten geleitet wird. Zur Lösung des Akzeptanzproblems haben die CDU/CSU-Abgeordneten am 9. 1. 96 in Brüssel beschlossen, u.a. mindestens 250 Versammlungen in Deutschland mit dem Thema der Europäischen Währungsunion durchzuführen. Im Rahmen dieses Euro-Dialogs gestalteten die CDU/CSU-MdEP bis Oktober 1996 mehr als 480 spezielle Veranstaltungen über den EURO. Darüber hinaus wurde die nachhaltige Wirkung der Informationsoffensive durch die Herausgabe von Faltblättern und Schriften gefördert. Beispielsweise sind hier erwähnenswert das Faltblatt „10

Gründe für den EURO“, das in einer Auflage von über 250.000 Stück verteilt wurde, sowie die Publikation „Argumente für den EURO“, die mit einer Auflage von 10.000 Stück interessierten Bürgern und Gruppen zur Verfügung gestellt wurde.

Beim Euro-Dialog haben wir bewußt die offene und auch kontroverse Diskussion mit unseren Mitbürgern vor Ort gesucht und geführt. Leitregel war und ist hierbei die These des Philosophen Immanuel Kant: „Keiner kann einer Sache gewiß sein, wenn nicht Gegengründe rege gemacht worden sind.“

Bei der Begründung der Notwendigkeit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verweisen wir u.a. auf die Gedanken eines der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, der die Bedeutung der Währungspolitik für eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung und ihren ordnungspolitischen Zusammenhang beweiskräftig dargestellt hat.

Für diese Interdependenz der Ordnungen als einer wesentlichen Voraussetzung für den Erfolg des Binnenmarktes sind die sog. Maastricht-Kriterien von eigenständiger Bedeutung. Sie sind nicht nur unverzichtbar für die Stabilität der europäischen Währung; sie sind auch notwendig für die sozialökonomische Zukunftssicherung der Europäischen Union. Die Sanierung der staatlichen Finanzwirtschaften wäre auch dann erforderlich, wenn es keine Beschlüsse über den EURO gäbe.

Stabilität und Funktionsfähigkeit

Beim Aufbau einer dauerhaften Ordnung für Europa gilt es, folgende Zusammenhänge zu beachten:

- Die Stabilität von Systemen beruht vor allem auf ihrer Funktionsfähigkeit.
- Die Interdependenz, d. h. die gegenseitige Abhängigkeit komplementärer Systeme, beeinflusst ihre Funktionsfähigkeit.

„Geld ist, was gilt“ (Günter Schmölders). Geltung hat das Geld, das funktioniert. Die Funktionen des Geldes sind:

- Tauschmittel (als Voraussetzung für eine wohlstandssteigernde Arbeitsteilung),
- Recheneinheit (als Möglichkeit, jedem Gut einen genauen Wert zuzumessen),
- Zahlungsmittel (zur Übertragung von Kaufkraft von einem Subjekt auf ein anderes),
- Wertaufbewahrungs- und Werttransportmittel, d.h. die Funktion, Kaufkraft oder Werte von der Gegenwart in die Zukunft zu übertragen bzw. von einem Ort zu einem anderen zu bringen (Wertträger durch Zeit und Raum).

Die Stabilität des Geldes ist gewährleistet, wenn diese Funktionen hinreichend erfüllt werden. Die Funktionsfähigkeit eines Geldsystems ist aber nicht isoliert zu betrachten; sie steht vielmehr in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis mit der Funktionsfähigkeit komplementärer Systeme. Ohne eine politisch unabhängige und geldwertverpflichtete Zentralbank, ohne Haushaltsdisziplin der öffentlichen Finanzwirtschaft, ohne ein ausreichendes Maß an äußerer wie innerer Sicherheit eines Gemeinwesens kann es keine dauerhafte Stabilität einer Währung geben. Die von Theresia Theurl („Sprengsatz war immer das Budget“) anhand geschichtlicher Erfahrungen, z. B. der Lateinischen Münzunion von 1865, aufgezeigte Destabilisierungsfalle von Währungsunionen liegt in der „Kombination von inhärenten Sprengkräften und deren Aktivierung mit fehlenden Anreizen für Politiker und private Wirtschaftssubjekte, sich unionsgerecht zu verhalten“.

Unter diesen Aspekten sind die Vorschläge von Theo Waigel ebenso richtig und zwingend notwendig wie die Aussage von Otmar Issing: „Ein Europa, das den Schritt in die Währungsunion wagt, kann sich

nicht vor der Entscheidung über die Gestalt der Politischen Union drücken . . . Von jetzt an muß sich der Wille, die europäische Integration weiter voranzutreiben, im Schwerpunkt auf das Feld staatsbildender Institutionen verlagern.“

Hierbei sind spezifische Erfordernisse zu beachten: Es gilt,

- die – von Walter Eucken aufgezeigten – konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung im Europäischen Binnenmarkt institutionell zu verankern,
- die kontraproduktiven Fehlsteuerungen der europäischen Wohlfahrtsstaaten und der fiskalsozialistischen Staatswirtschaften durch stabilitäts- und produktivitätsfördernde Anreizsysteme zu ersetzen,
- die Solidarität der Generationen auch auf die kommenden Generationen zu beziehen (in ökologischer, finanzieller und ökonomischer Hinsicht).

Die untauglichen Versuche, die Früchte unserer Arbeit von morgen bereits heute zu verzehren, müssen ebenso beendet werden wie die Prämierung parasitären Verhaltens und die Belohnung der Bremser.

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac eingeforderte Prinzip der Flexibilisierung in der europäischen Integration findet auch durch diese Erfordernisse eine zwingende Begründung und die nachdrückliche Unterstützung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Legitimität und Folgebereitschaft

Je näher man dem Ziel kommt, desto größer werden die Schwierigkeiten. Diese alte Erfahrungsregel gilt auch für wichtige Bereiche der europäischen Inte-

gration. In neueren Veröffentlichungen weisen Wissenschaftler auf die zunehmende Problematik des Regierens im „dynamischen Mehrebenensystem der EU“ hin. Da der Integrationsprozeß bereits heute eine Breite und eine Wirkungstiefe erreicht habe, die man in den 60er und 70er Jahren nicht für möglich gehalten hätte, müsse nach neuen Wegen gesucht werden, um die europäische Politik „autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich“ (Scharpf) zu gestalten. Nach anderen Auffassungen ist die Legitimität der EU vor allem durch ihre höhere Problemlösungskompetenz in bestimmten Aufgabefeldern begründbar (Bach). Allgemein wird konstatiert, „daß die Europäische Union eine zunehmende Rechtfertigungslast zu tragen, mit wachsenden Akzeptanzproblemen zu kämpfen haben wird“ (Graf Kielmannsegg). Man befürchtet die Bremser- und Blockadenpolitik in einigen Institutionen: „Der Rat wird der Hort des Immobilismus sein, weil er auf Einvernehmlichkeit angewiesen ist und auf jedes mit Gewicht vertretene Interesse Rücksicht nehmen muß.“

In ähnlicher Weise wird die Gefahr beschworen, daß „das EG-Recht nicht nur durch Nichtbefolgung entwertet wird, sondern auch durch schleppende, unterlaufende oder gar entstellende Umsetzung sowie durch unzureichende Durchführung mangels qualifizierter Kontrolle“ (R. Münch). Positiv wird vermerkt, daß die europäische Integration zündende Impulse für überfällige nationale Reformen geben und neue Handlungsspielräume für nationale Fachminister durch Legitimationsentlastung schaffen kann. (Vgl. V. Eichener: „Ein paradoxer Effekt der Europäisierung besteht darin, daß die politische Handlungsfähigkeit auf der nationalen Ebene auch dadurch gesteigert werden kann, daß institutionell auskristallisierte Machtbalancen aufgebrochen wer-

den und dadurch Reformfähigkeit wiedergewonnen wird“.)

Schon in den achtziger Jahren beschwor man die Gefährdung der europäischen Integration durch die sog. „Politikverflechtungsfälle“, die zur „Selbstblockierung“ des EG-Systems tendiere, da die heterogenen Strukturen und divergierenden Interessen in den Mitgliedsländern allenfalls zu einer Einigung auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners führen würden (Scharpf).

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung während der letzten 14 Jahre hat gezeigt, daß die unleugbaren Schwierigkeiten überwunden und sogar für eine neue Dynamik der Integration nutzbar gemacht werden können. Wichtig war und wird sein, daß die Integrationschritte im Sequenzensystem erfolgen, d.h. daß Folgeschritte sich quasi automatisch und folgerichtig aus den vorherigen Schritten ergeben und somit eine Art fortdauernder Eigendynamik bewirken.

Wichtig und ebenso wesentlich ist es aber auch, durch eine europäische Kommunikation, Koordinierung und Kooperation für eine Folgebereitschaft der Integration Europas auf allen politischen Entscheidungsebenen zu sorgen. Mit Recht definiert Richard Münch die europäische Politik als „Kunst, Folgebereitschaft für möglichst effektive Sachlösungen zu schaffen“.

Die CDU/CSU-Mitglieder in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments werden die Probleme und Schwierigkeiten nicht bagatellisieren; sie werden aber bemüht sein, alle Chancen und Möglichkeiten zu nutzen, um – im Sinne Konrad Adenauers und zusammen mit Helmut Kohl und allen Freunden – Europa zu schaffen.

Zukunftsorientierung

Wenn es nach den Verfassungsexperten einiger deutscher Kleinstaaten des Deutschen Bundes im frühen 19. Jahrhundert gegangen wäre, so könnten wir heute noch 38 souveräne deutsche Staaten haben, die – durch Zollschranken, Staatsgrenzen und unterschiedliche Währungen getrennt – ihre Strukturen konserviert und ihre Bürger isoliert hätten. Der sarkastische Aphorismus „jeder Experte ist von gestern“ ist eine unzulässige Überspitzung; als Warnung vor Dogmatismus und rückwärts gewandter Betrachtung ist er aber berechtigt. Mit den Begriffen von gestern kann man die Probleme von morgen nicht hinreichend beschreiben. Was bedeutet die Autonomie einer nationalen Notenbank im Zeitalter der Globalisierung? Hat der Begriff „nationale Souveränität“ heute noch dieselbe Bedeutung wie im Jahr 1576, als Jean Bodin sie als „puissance absolue et perpétuelle“ (absolute und ewigdauernde Macht) beschrieb?

Man kann aus der Geschichte lernen, aber man darf die Vergangenheit nicht zum Programm für die Zukunft machen. Kritik, die zu besseren Problemlösungen führt, ist immer gut. Kritiker, die verkennen, daß Politik eine Kunst des Möglichen ist, sind weniger hilfreich. Wir müssen das Notwendige möglich machen, aber wir dürfen das Mögliche nicht am Wünschenswerten scheitern lassen. Eine fundamentale Ablehnung einer Symbiose von Währungsunion und Politischer Union ohne Beachtung der Erfordernisse von morgen blockiert das Denken, verzögert das Handeln und gefährdet unsere Zukunft. Die europäische Integration ist eine grundlegende Investition für die Zukunftssicherung der Europäer. Jede investive Tätigkeit hat Unsicherheiten zu bewältigen, Risiken zu begrenzen und Chancen zu nutzen. Zukunftsorientierung ist und bleibt die Richtlinie einer erfolversprechenden Politik in und für Europa. ■

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Ich plädiere für eine Weiterentwicklung des Systems. Ich kenne kein besseres

Die CDU-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ legt einen Zwischenbericht, keinen Ergebnisbericht vor. Ich möchte diesen Zwischenbericht mit zwei Vorbemerkungen einleiten. Die erste Vorbemerkung ist mehr prinzipieller Natur, die zweite praktischer Natur.

Zunächst zum Prinzipiellen. Die CDU ist nicht die bessere FDP, und sie ist auch nicht die zweitbeste SPD. Wir sind die christliche Volkspartei der Mitte. Die Mitte ist kein idyllischer Ort irgendwo im Nirgendwo. Die Mitte hält gleich weiten Abstand zu Individualismus und Kollektivismus. In ihr findet der ständige Versuch statt, zwischen Individualansprüchen und Solidaransprüchen auszugleichen. Es geht im Sozialstaat immer wieder um die Balance zwischen Selbstverantwortung und Mitverantwortung.

Ich sage nicht, daß die Sozialdemokraten und die Liberalen noch Parteien des 19. Jahrhunderts seien. Auch sie haben sich weiterentwickelt. Es steckt bei ihnen aber noch viel in den Kleidern der alten Tradition.

Leitfigur einer christlich-demokratischen Politik ist weder das auf dem Egotrip befindliche Individuum noch der rundum versorgte Mensch im Mief des sozialistischen Volksheimes. Wir gehen vom selbst- und mitverantwortlichen Menschen aus. Die Christdemokraten müssen sich deshalb immer gegen zwei Seiten wehren. Es

gibt immer zwei Seiten: einen losgelassenen Individualismus und einen alles versorgenden Kollektivismus.

Das erste, was Sozialdemokraten bei Problemen einfällt, ist: mehr Staat, mehr Umverteilung. Die FDP setzt auf weniger Staat und mehr auf den einzelnen. Die Zukunftsalternativen lassen sich aber nicht

Zwischenbericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“

an Verteilungsquoten festmachen. Es ist nicht etwa so: Die SPD will 3 DM mehr, die FDP 1 DM weniger und wir 1,50 DM mehr. Dies sind nicht die Alternativen im Wettbewerb um Zukunft. Es geht um die Gestalt der Gesellschaft. Es geht um Freiheit und Gerechtigkeit.

Das modernste Sozialprinzip ist das Subsidiaritätsprinzip. Es gliedert die Solidarität. Es ist auf dem Boden der christlichen Soziallehre entstanden. Es schafft die Vorfahrtsregeln für die kleinere Gemeinschaft. Deshalb liegt im Subsidiaritätsprinzip auch die spezifische Differenz zum sozialistischen wie zum liberalistischen Solidaritätsverständnis.



Norbert Blüm: Wir schreiben auf der empfindlichen Haut von Menschen, nicht auf einer tabula rasa.

Der Sozialismus kennt nur das Kollektiv. Die klassenlose Gesellschaft hat keinen Gliederungsbedarf. Einheit und Gleichheit – das sind die Götter des Sozialismus. Im klassischen Liberalismus, im Uraltliberalismus gibt es nur den einzelnen und den Staat; dazwischen liegt Leere. Deshalb haben es beide mit den Zwischeninstanzen schwer. Diese Zwischeninstanzen sind Familie, Selbstverwaltung, Tarifpartnerschaft und auch Sozialversicherung als Ausdruck einer subsidiären Solidarität.

Sozialversicherung heißt nicht, alle Risiken zu privatisieren. Es heißt auch nicht, alle Risiken zu verstaatlichen. Subsidiäre Solidarität ist unser Platz. Dort ist auch der Platz der Sozialversicherung

Die Rentenversicherung ruht auf drei Säulen, der gesetzlichen, der betrieblichen und der privaten. Wer die gesetzliche Rentenversicherung entlasten will, muß betriebliche und private Rentenversicherung stärken. Die solidarischen Ein-

richtungen könnten entlastet werden, wenn wir in Sachen Eigentum in Arbeitnehmerhand weitergekommen wären, als wir in den letzten 40 Jahren gekommen sind.

Wir haben 40 Jahre lang den Mund gespitzt, aber wenig gepfiffen. Manche haben deshalb schon Muskelkrampf.

Ich sage es noch einmal: Wer im Sinne der Subsidiarität die solidarischen Einrichtungen entlasten will, der muß für eine breite Streuung des Eigentums in Arbeitnehmerhand sorgen. Das war meine prinzipielle Vorbemerkung.

Nun zu der praktischen Vorbemerkung. In unserer Kommission soll jedes Argument gewichtet und gewogen, jeder Vorschlag geprüft werden. Wir wollen eine Diskussion ohne Scheuklappen.

Aber die Rentendebatte leidet nicht an einem Mangel an Vorschlägen, sie leidet nicht an einem Mangel an Kreativität. Die

Rentendebatte leidet eher an einem vagabundierenden Einfallsreichtum.

Freitags werden in den Sonntagsredaktionen Zitate produziert, samstags wird der dazugehörige Name gesucht, sonntags wird es publiziert, montags wieder dementiert, und dienstags, mittwochs und donnerstags räume ich die Scherben weg. So können wir keine Rentendebatte führen!

Das kann nicht nach dem Motto gehen: Hauptsache, wir haben mal darüber geredet. Das ist die Rechtfertigung für eine neue Redseligkeit. Die Rente ist aber kein Unterhaltungsspiel. Wir schreiben auf der empfindlichen Haut von Menschen, nicht auf einer Tabula rasa.

Das Ergebnis einer derartigen Diskussion können nur Angst und Sorge sein. Es geht um Lebensschicksale, es geht um Lebensplanung. Angst und Sorge sind ein schlechter Ratgeber, sind ein schlechter Begleiter für eine Diskussion, die zu sachlichen Lösungen führt.

Ich verstehe Wandel immer als eine Mischung zwischen Erhalten und Verändern. Darum geht es: Was ist erhaltenswert, was muß verändert werden? Falls sich da einer überhebt: Wir fangen nie am Nullpunkt an. Nur Revolutionäre haben sich überschätzt: „creatio ex nihilo“. Wir versuchen immer die Weiterentwicklung, und das ist das Gebot einer Politik der Mitte.

Hinzufügen möchte ich: Es bleibt mein Bestreben – und ich hoffe, alle stimmen zu –, am Ende der Diskussion über die Weiterentwicklung unseres Alterssicherungssystems wieder eine große Anstrengung für einen parteiübergreifenden Konsens zu unternehmen. Ich bleibe dabei: Es tut der Alterssicherung gut, wenn sie aus dem Streit der Parteien herausgehalten wird.

Es tut ihr gut!

Ich sage nicht: Konsens um jeden Preis. Ich will nicht Konsens zum Null-Ergebnis. Wenn Konflikt sein muß, dann auch Konflikt! Aber der Konsens lohnt die Anstrengung.

Wissen Sie, das Gefühl, das Bewußtsein der sozialen Sicherheit ist nicht nur von der Höhe der versprochenen Leistungen abhängig, sondern auch von ihrer Berechenbarkeit, von ihrer Planbarkeit.

Ich wende mich gegen alle Versuche, den Sozialstaat jetzt madig zu machen. Er ist ein Stück unserer staatlichen Stabilität. Er war ein Pluspunkt im Systemwettbewerb zwischen West und Ost. Er war ein Standortvorteil im Systemwettbewerb, und niemand sollte der Versuchung erliegen, jetzt zu meinen, da der Sozialismus zusammengebrochen sei, könnten wir zum Kapitalismus auswandern. Die CDU bleibt der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards treu, und die hält gleich weiten Abstand zu Kapitalismus und Sozialismus.

Sie ist eine gemischte Ordnung, sie verbindet Leistung mit sozialem Ausgleich und Wettbewerb mit Solidarität.

In unserer Kommission haben wir uns in sechs Sitzungen – soweit sind wir – fünf Problemkreisen zugewandt, fünf herausragenden Themen. Es sind die demographischen Veränderungen, die Veränderungen der Arbeitswelt, die Familie und ihre Funktion im sozialen Sicherungssystem, der Sicherheitsanspruch der Frauen und die versicherungsfremden Leistungen.

Zum demographischen Problem: Die Demographie hat drei Dimensionen, erstens das Geburtenverhalten – schreckliches Wort: Fertilität –, zweitens die Lebenserwartung – schreckliches Wort: Mortalität – und die Wanderung, die Migration. Alle drei spielen für das Verhältnis der Generationen eine entscheidende Rolle, alle drei: Geburtenzahlen, Lebenserwartung und Wanderungsbewegung.

Zu den Geburtenzahlen: 1965 gab es 19 Geburten pro tausend Einwohner, 1995, also 30 Jahre später, nicht mehr 19, sondern 12. Das war schon wieder eine Steigerung; 1978 waren es einmal zehn Geburten.

Wenn ich dazu eine Zwischenbemerkung machen darf: Sicherlich muß auch die Rentenversicherung hier einen Beitrag leisten, wobei ich hinzufüge: Das Ja zu Kindern, das Ja zur Familie hängt nicht nur von der Rente ab. Es hängt davon ab, ob Kinder als Last empfunden werden und beim Staat abgerechnet werden oder ob sie ein Stück Lust und Zukunftserwartung sind. Man kann nicht alles mit Geld machen.

Meine Frau und ich, wir haben unsere Kinder auch nicht aus demographischen Gründen bekommen, wirklich nicht!

Herr Bundeskanzler, Sie werden mich da von der Spur nicht abbringen.

Ich glaube, es geht nicht zuletzt darum, ob Menschen sich vorstellen können, über ihre Existenz hinaus in Kindern weiterzuleben oder ob ein Egoismus uns in einen engen Horizont bringt, in dem wir nur noch Kosten und Nutzen miteinander vergleichen. Dann werden Kinder zu einer Art Unfall, der beim Staat abgerechnet wird, und die Rentenversicherung wird zu einer Art Unfallversicherung. Ich wehre mich nicht gegen die Beschäftigung mit den demographischen Problemen, ich wehre mich nur dagegen, die Demographie nur auf materielle Fragen zu reduzieren. Das ist eine Sackgasse.

Der zweite Punkt: Die Menschen werden immer älter. Sie wünschen sich das, ich wünsche es mir; es kann ja niemand darüber klagen. 1970 hatte ein 60jähriger Mann noch 15 Jahre Lebenserwartung, 25 Jahre später 18,5 Jahre. Bei den Frauen ist es noch besser: 1970 bei einer 60jährigen Frau 19 Jahre, 1995, also 25 Jahre später, vier Jahre mehr. Das ist alles sehr erfreulich.

Nur, wir können es uns nicht leisten, daß wir älter werden und dafür früher in die Rente eintreten. Das hält kein Rentensystem der Welt aus. Deshalb heißt unsere Antwort auf dieses Thema auch: Anhebung der Altersgrenze. Weniger Kinder und längere Lebenserwartung, darauf muß eine Antwort gefunden werden. Eine Antwort ist die Anhebung der Altersgrenze. Wir verbinden das mit einem freiheitlichen Angebot. Laßt die Menschen doch selber bestimmen – es sind doch alles Erwachsene –, wann sie in Rente gehen. Die brauchen keine Reichsversicherungsordnung mit einem Datum. Laßt den einen früher gehen und den anderen später gehen. Nur, wer früher geht, der muß es bezahlen, der muß versicherungsmathematische Abschläge hinnehmen. Aber es ist doch ein Stück Freiheit, daß die Menschen selbst entscheiden, wann sie von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand übertreten. Ich denke, der Rentenschock, den viele erleiden, ist auch darauf zurückzuführen, daß das Pensionsdatum wie ein Vollstreckungsbefehl einer fremden Macht erscheint. Mehr Selbstbestimmung, mehr Wahl, mehr Optionen, das verbinden wir auch mit diesem Angebot.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, wie wichtig das ist. Selbst wenn doppelt so viele Kinder geboren würden, wäre immer noch die Frage, erstens ob sie morgen Arbeit haben und zweitens wie lange sie Arbeit haben. Wenn doppelt so viele Kinder geboren würden, die aber morgen keine Arbeit hätten, wenn doppelt so viele Kinder geboren würden, die aber nur die Hälfte ihrer Lebensarbeitszeit arbeiten würden, wäre für die Rentenversicherung nichts gewonnen.

Sie sehen, wir müssen beides im Blick haben: Geburtenzahlen und Lebenserwartung. Eine zusätzliche Rentenlaufzeit um ein Jahr bedeutet eine Belastung der Rentenversicherung in Höhe von 27 Milliarden DM,

fast zwei Beitrags-Prozent. Die Rentenlaufzeit kann man ja nicht von ihrem Ende her beeinflussen – dafür ist der liebe Gott zuständig –, sondern nur von ihrem Anfang her.

Also, gegen alle Widerstände, gegen alle Proteste: Wer die Rentenversicherung der Zukunft sichern will, der kann dem Trend zur Frühverrentung nicht wehrlos gegenüberstehen. Wir müssen die Altersgrenze anheben.

Freilich, die Entwicklung der Alterssicherung muß auch eine Antwort finden auf die Entwicklung in der Arbeitswelt. Arbeitsverhältnisse und Lebensbiographien lassen sich nicht mehr so leicht in ein Schema zwängen, wie das noch zu Zeiten der Fall war, als Fließband und Dampfmaschine die Industriegesellschaft dominierten. Der Einheitstakt von kollektivistischen Regelungen, der die Erwerbsgesellschaft formiert hat, wird zurückgedrängt.

Der Wandel der Arbeit bietet neue Chancen und neue Risiken für eine freiheitliche Gesellschaft. Wir können Arbeit und Freizeit besser miteinander koordinieren, wir können Familienarbeit und Erwerbsarbeit besser miteinander kombinieren. Wir müssen nicht mehr im Kopfsprung von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand, wir können sachte, schrittweise, Stufe für Stufe uns der Altersgrenze nähern. Wir brauchen keine großen Kolonnen, die im Parademarsch durchs Leben marschieren. Wir können auch in unserem Sozialsystem zivilere Gangarten ermöglichen.

In dieser Hinsicht haben Sozialdemokraten es immer schwer, weil sie von der Gleichheit so geplagt sind. Was die nicht für alle regeln können, regeln die für niemanden. Das Alles-oder-Nichts-Prinzip verhindert Differenzierung, verhindert den neuen Namen des Fortschrittes; der heißt

nämlich nicht mehr Expansion, sondern Differenzierung.

Altersgrenzen dürfen nicht wie eine Mauer erscheinen. Bildungszeiten müssen nicht in das erste Drittel des Lebens gezwängt werden. Da hocken junge Leute, bis sie 30 Jahre sind, auf der Schulbank herum. Die müssen ja frustriert sein. Das kann ja nicht normal sein.

Laßt sie früher in den Ernstfall des Lebens und laßt Bildung ein ganzes Leben begleiten – zumal sich das Wissen ungeheuer schnell umschlägt. Der Ältere scheidet aus, wenn er nicht neu auftanken kann. Das ist der Unterschied zu früher. Bildung und Arbeit müssen besser miteinander versöhnt werden.

Wir können sogar die Fahrtrichtungen der Arbeit verändern. Die Menschen müssen nicht mehr in die Großraumbüros und die großen Fabrikhallen fahren. Wir können die Arbeit nach Hause bringen. Da gibt es ganz neue Möglichkeiten. Ich betrachte das als eine große Chance: mehr Freiheit, weniger Fremdbestimmung, mehr Souveränität. Allerdings ist dies mit Risiken behaftet. Es entstehen neue Fluchtmöglichkeiten aus der Solidarität – Stichwort: Scheinselbständigkeit.

Die geringfügig Beschäftigten bilden bei uns keine Ausnahme mehr; das würde ich ja ertragen, so perfekt muß man ja nicht sein. Aber die Strategie, die Solidaritätspflichten durch geringfügig Beschäftigte zu unterlaufen und sich die Leistung später, im Notfall, von allen bezahlen zu lassen, steht im Widerspruch zur Solidarität. Man hat nicht nur Rechte, man hat auch Pflichten.

Mit der Einführung von Erziehungszeiten ins Rentenrecht wurde zum erstenmal der generative, der bestandsichernde Beitrag der Kindererziehung in der Rentenversicherung anerkannt. Die Frage ist: Wird er nur anerkannt, um die Fehlzeiten auszufüllen, oder wird er additiv, sozusagen als ein Kindergeld im Alter, gewährt?

Diesbezüglich hat das Verfassungsgericht bereits Hinweise gegeben. Diese Fragen müssen wir neu klären: Welche Rolle spielt die Kindererziehung im Rentenrecht? Spielt die Kindererziehung nur bei der Auszahlung der Rente oder bereits während der Beitragszeiten eine Rolle?

Ich füge hinzu: Schon die Väter und Mütter der Rentenversicherung 1957 haben von einem Drei-Generationen-Vertrag gesprochen: Erwerbstätige mit Alten und Erwerbstätige mit Kindern. Allerdings hatten sie dafür zwei verschiedene Kassen; denn die Personenkreise sind ja nicht deckungsgleich. Nicht jedes Kind eines Rentenversicherten wird später selber Beitrag zahlen, und nicht jedes Kind eines nicht Rentenversicherten zahlt auch später keinen Beitrag.

Der eigenständige Sicherungsanspruch der Frauen ist ebenfalls eine wichtige Frage. Die Benachteiligungen der Frauen liegen auch an dem Charakter der Erwerbsgesellschaft. Nicht jede Benachteiligung kann das Rentenrecht ausgleichen. Man muß die Ursachen bekämpfen. Ich will insofern festhalten: Wenn man die Hinterbliebenenrente abschafft, dann hat nur noch die Frau Rentensicherheit, die erwerbstätig ist, dann ist nur noch die Ehe gesichert, in der beide erwerbstätig sind. Ich sage: Es steht der Rentenversicherung nicht zu, ein Ehemodell zum Normmodell der Gesellschaft zu machen. Wir brauchen dazu keinen staatlichen Vormund. Ob die Ehepartner ihren Haushalt mit einem Verdienst finanzieren oder mit zwei, das hat nicht die Rentenversicherung zu entscheiden. Deshalb brauchen wir eine Hinterbliebenenversorgung für den Sterbefall des Verdieners.

Ich füge, ganz aktuell, hinzu: Man darf sie selbst im Interesse der erwerbstätigen Frauen mit eigenem Anspruch nicht streichen. Deren Rente ist häufig so gering – wenige Beiträge, geringer Verdienst –, daß sie im Sterbefall des Mannes auf die zusätzliche Witwenrente angewiesen sind.

Auch aus diesen ganz pragmatischen Gründen kann das nicht einfach abgeschafft werden. Freilich sind Leistungen mit Unterhaltersatzfunktion – Witwenrente – anders zu behandeln als Ansprüche aus durch Beitrag festgeschriebenem Lohnersatz.

Jetzt zu den versicherungsfremden Leistungen. Zunächst muß ich festhalten: Eine Sozialversicherung wird immer Solidarausgleich organisieren müssen, und nicht jeder Solidarausgleich ist schon versicherungsfremd. Wenn man alles, was nicht unmittelbar beitragsbezogen ist, zu versicherungsfremden Leistungen erklärt, kann man das Ding auch bei der Allianz absichern, dann braucht man keine Sozialversicherung. Es muß immer einen Solidarausgleich geben.

Erwerbsunfähigkeitsrenten – ein altes Solidarrisiko, schon bei Bismarck -: Ausgleich. Witwen- und Waisenrente: Ausgleich. Dennoch muß man fragen, ob alles, was der Rentenversicherung im Laufe der Zeit aufgebürdet wurde, wirklich Beitragsleistungen sind. Deshalb muß man der Frage mit neuer Stringenz nachgehen. Ich bin sicher: Das beitragsbezogene System wird nur überleben, wenn nicht alle Lasten den Arbeitsplätzen aufgebürdet werden. Ich bin deshalb dafür, daß wir diese Frage der Abgrenzung neu stellen: Was muß über Steuern finanziert werden, was muß über Beiträge finanziert werden? Denn wenn man allgemeine Aufgaben über Beiträge finanziert, sind gar nicht alle beteiligt – ich beispielsweise nicht; ich bin nämlich nicht sozialversichert, jedenfalls derzeit nicht. Und diejenigen, die sozialversichert sind, sind nur jene, die weniger als die Beitragsbemessungsgrenze verdienen. Die guten Menschen, die der Rentenversicherung alles aufbürden, betreiben – bei Licht besehen – eine Subvention der Bezieher höherer Einkommen durch Bezieher niedriger Einkommen. Das ist eine Verteilungsungerechtigkeit.

Ich füge allerdings hinzu: Die Beitragslast hängt mit dem Arbeitsplatz zusammen. Arbeitsplätze sind teuer. Ein solcher Beitrag verfolgt das mit dieser Arbeitskraft erstellte Produkt rund um die Erde. Noch in Südafrika ist er im Produktpreis enthalten. Wenn die Beiträge von Verbrauch finanziert werden, machen sie an den Verbrauchsgrenzen Halt.

Also ist strategisches Denken gefordert: Erstens müssen wir unser beitragsbezogenes System schlanker machen, damit es überlebt, und zweitens müssen wir die in ihm liegenden Beschäftigungschancen wahrnehmen.

Die Kernfrage der sozialen Sicherung ist – darauf führt sich alles zurück; da können wir diskutieren, organisieren, soviel wir wollen –: Geht uns die Arbeit aus? Bezahlt wird das soziale Sicherungssystem aus der Arbeit. Das ist, wie ich glaube, die fast kulturhistorische Auseinandersetzung zwischen Rot-Grün und uns. Bei Licht betrachtet ist Rot-Grün eine Bewegung des Zivilisationspessimismus. Im Grunde geht Rot-Grün davon aus, daß Arbeit ausgeht und wir nur noch eine Mangelverwaltung haben.

Wenn das so ist, dann sage ich: Nehmt Abschied von einem lohn- und leistungsbezogenen System. Dann machen wir ein Versorgungssystem und verteilen die Gelder, sofern sie vorhanden sind. Ich gehöre nicht zu denen, die das wollen.

Wir gehören in Deutschland ja zu den Privilegierten. Wir leben auf einer Insel des Wohlstands. Bei 80 Prozent der Weltbevölkerung, die von 20 Prozent der Erdengüter leben, zu sagen, die Arbeit gehe aus, halte ich für einen Zynismus geradezu menschenverachtender Art. Wir müssen die Arbeit nur besser organisieren. Das ist der entscheidende Punkt.

Es wird doch wohl niemand behaupten, daß es nicht auch bei uns noch viele Be-

dürfnisse gibt. Wir sind doch kein festgezurrt Wesen. Was wir brauchen, ist nur eine größere Innovation.

An solchen Weggabelungen zwischen Pessimismus und Optimismus stand die Geschichte schon häufiger. Wenn Trends immer hochgerechnet werden, landet man meistens irgendwann in der Sackgasse. Trends sind keine Naturprozesse. Sie müssen gewendet werden. Wie war es zu Beginn der Industriegesellschaft? Damals haben die Weber geglaubt, die Webmaschinen nähmen ihnen die Arbeit weg. Das ist auch der Fall gewesen. Aber andere Arbeit und mehr Wohlstand ist entstanden.

Die Kernfrage ist deshalb: Trauen wir es uns zu, Arbeit so zu organisieren, daß alle Menschen daran teilnehmen, sie auch neu zu verteilen, neue Formen der Arbeit anzubieten? Geben wir der Innovation eine Chance oder ziehen wir uns zurück in eine Weltuntergangsstimmung?

Wenn das so ist, dann ist Arbeit auch ein Regulator des Sozialsystems, es sei denn, wir verzichten auf den Leistungsbezug. Dazu kann ich nicht raten. Es wird immer Arbeit geben, und Arbeit wird nie ein Spiel sein. Schlaraffenland, das ist ein Märchen, aber in der Realität nicht zu finden. Arbeit wird immer Anstrengung sein, wird nie ganz Spiel sein. Die Menschen – jedenfalls ich – sind von Natur aus zwar nicht faul, aber es braucht schon die Überwindung gewisser innerer Widerstände. Und da gibt es zwei Möglichkeiten, die Leistung zu fördern: erstens sie zu belohnen, zweitens die Nichtleistung zu bestrafen. Ich plädiere für Belohnung. Es muß sich auch im Sozialstaat lohnen, zu arbeiten und Beitrag zu zahlen.

Es kann nicht sein, daß sich der, der im Sozialstaat nicht arbeitet und keinen Beitrag zahlt, genauso gut steht wie der, der schafft, arbeitet und Beiträge zahlt.

Wenn Sie auf diesen Unterschied verzichten, dann brauchen Sie den Überwachungsstaat, dann brauchen Sie den Kontrollstaat, dann brauchen Sie den Staat, der ständig Bedürfnisse prüft. Ich will keinen Sozialstaat, der rund um die Uhr prüft, ob die Menschen bedürftig sind oder nicht. Ich sage: Hast du geschafft, hast du gearbeitet, hast du Beitrag gezahlt, kriegst du eine anständige Rente. Das ist meine Antwort.

Deshalb ist mein Sozialstaat auch nicht nur der Sozialstaat der Bedürftigen. Das höre ich immer wieder: Man müsse den Sozialstaat auf den Bedürftigen konzentrieren. Mein Sozialstaat ist das nicht. Er ist nicht das Armenhaus der Gesellschaft. Natürlich muß der Sozialstaat die Existenz sichern. Aber er hat nicht nur Existenzsicherungsaufgaben, er muß auch Leistungsgerechtigkeit gewähren. Im Risikofall muß sich der besser stehen, der etwas geleistet hat. Der Sozialstaat nur als Fürsorgestaat - das ist der Nachfolger der ostelbischen Großgrundbesitzer. Die waren ihren Knechten gegenüber auch gütig, und Weihnachten haben die Knechte sogar eine Gans und einen Schnaps bekommen.

Das hat mit meinem Sozialstaat nichts zu tun. Mein Sozialstaat ist: Du hast gearbeitet, du hast selber Ansprüche erworben. Das ist ein Stück Selbständigkeit in unserer Gesellschaft. Das verteidige ich, und das muß die CDU verteidigen.

Wir wollen die Diskussion in der Kommission auch mit Ihnen weiterführen. Ich plädiere für eine Weiterentwicklung. Wer etwas Neues weiß, soll es sagen; allerdings nicht nur mit Überschriften. Es muß sich auch rechnen. Es reicht nicht, einen Taschenrechner nur zu besitzen, man muß ihn auch bedienen können. Man muß in den Taschenrechner auch hineingeben, wie das System aussehen soll.

Wenn sich etwas Besseres findet, dann erst muß das Alte zurücktre-

ten. Aber es entspricht einer konservativen Maxime zu sagen: Die Beweislast hat das Neue. Erst wenn das Neue besser ist als das Alte, kann das Alte zur Seite treten.

Ich kenne kein besseres System. Ich weiß allerdings, daß es weiterentwickelt werden muß, daß wir nicht einfach an dem jetzigen Zustand festhalten können.

Ich wende mich an unsere Freunde in den neuen Bundesländern: Welches Rentenversicherungssystem der Welt wäre fähig gewesen, über Nacht 4 Millionen Rentner der ehemaligen DDR zu übernehmen, die Renten umzustellen und auszuzahlen? Kein kapitalgedecktes System hätte das geschafft. Deshalb ist dies auch die Stunde, einmal die großen Leistungen unserer Rentenversicherung in über 100 Jahren zu würdigen und sie nicht ständig madig zu machen.

Derjenige, der behauptet, ein kapitalgedecktes System hätte das ebenfalls geschafft, soll hier auftreten und das sagen.

Deshalb: Weiterentwicklung ja, Offenheit für bessere Argumente. Aber, liebe Freunde, denkt daran: Die, die uns zuhören, müssen uns auch verstehen. Es darf keine Diskussion geführt werden, bei der man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Ich rate also zu einer offenen, aber behutsamen Diskussion.

Was mich am meisten stört, ist eine Sprache, die eine Sprache der Hartherzigkeit ist. Wenn ich höre, es müsse tiefer ins soziale Fleisch eingeschnitten werden: Ja, wir sind doch nicht in der Metzgerei. Es handelt sich um Menschen.

Deshalb: Umbau, Mitverantwortung und auch ein Stück mehr Sensibilität, als mancherorts anzutreffen ist. Also Weiterentwicklung und Offenheit in der Diskussion. Das ist mein Zwischenbericht.

(Anhaltender Beifall)

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Das Ergebnis unserer Diskussionen muß aufgearbeitet und in die Partei hineingetragen werden

Es waren zwei arbeitsreiche Tage. Neben der Arbeit ist gestern abend, wie ich denke, die Fröhlichkeit des Herzens nicht zu kurz gekommen. Bei mir zu Hause sagt man: Wir machen gewaltig einen drauf. - Das haben wir auch getan.

Mein Respekt vor den Delegierten, vor Ihnen allen, ist auch gewaltig. Denn wir haben gestern abend – besser gesagt: um Mitternacht – darüber gerätselt, was diese Nacht für Auswirkungen für den Beginn des Parteitages heute haben wird. Menschen, die so gut feiern können, können auch viel schaffen. Deswegen haben wir eine gute Chance, in der vor uns liegenden Zeit das durchzusetzen, was wir uns vorgenommen haben.

Dieser Parteitag fand in einer politisch schwierigen Zeit statt. Bei manchem der uns begleitenden Zeitgenossen, die darüber berichten, habe ich zum Teil eine gewisse Enttäuschung bemerkt. Einige sind hierher gekommen in der sicheren Erwartung, daß es nach manchen Diskussionen der allerjüngsten Zeit hier ganz schwierige Debatten über Sachen und natürlich auch Personen gibt. So mancher, der seine Berichte schon vorgefertigt hatte – das gibt es ja nicht nur beim Sport, sondern auch bei so einem Parteitag -, hat das dann noch einmal ändern müssen. Denen gönne ich das natürlich.

Aber der Parteitag lief eben so, wie wir ihn gemeinsam gestalten wollten. Dafür danke ich allen sehr herzlich: für das Klima, für die Offenheit, für das Miteinander, das es möglich macht, auch in schwieriger Zeit Verantwortung zu übernehmen und ihr nachzukommen.

Für mich – das als ein sehr persönliches Wort – war Ihre Stimmabgabe bei meiner Wahl, war die Unterstützung, die in dieser Stimmabgabe zum Ausdruck gekommen

Schlußwort des Parteivorsitzenden

ist, sehr wichtig. Für mich war es sehr wichtig – und ich weiß, für viele andere hier im Raum auch -, daß auf diesem Parteitag einmal mehr deutlich wurde: Die allermeisten von uns sehen die Partei nicht als bloßen Zweckverband an, sondern als lebendige politische Heimat.

Mir wie vielen anderen geht es so: Man sieht sich seit vielen, vielen Jahren auf dem Parteitag; man tauscht sich aus, hört die neuesten Nachrichten, auch die neuesten Gerüchte; man informiert sich oder glaubt, informiert zu sein. Das gehört alles zusammen. Mit einem Wort: Es ist ein Ort

der Begegnung, ohne spröden Ton, sondern ein Ort, an dem man ein gut Stück zu Hause ist.

Ich sage das ganz offen, auch nach so vielen Jahren als Parteivorsitzender: Wenn wir in der Partei das Gefühl eines selbstverständlichen Miteinanders auch in Zukunft haben, dann sind wir nach meiner festen Überzeugung ganz unschlagbar.

Ich werde oft gefragt, wo ich denn die eigentlichen Probleme und Schwierigkeiten unseres politischen Hauptgegners SPD sehe. Meine Antwort ist: Sie hat etwas von dieser inneren Selbstverständlichkeit verloren. Die Ereignisse auf dem Mannheimer Parteitag waren von einer Art, wie sich eine Partei mit einer mehr als hundertjährigen Tradition, die Großes für unser Volk hat erreichen können, das nicht leichten darf. Sie hat ein Stück ihres Wesens verloren.

Für uns sollte das Warnung sein. Trotz aller notwendigen täglichen Auseinandersetzung – welches Spektrum an Themen haben wir gestern und heute hier behandelt! – und in der klaren Erkenntnis, daß wir noch wichtigste, schwierigste und manch unpopuläre Entscheidungen vor uns haben, sollte eines für uns feststehen: Egal wo in der Partei wir stehen, ob beim Wirtschaftsrat, bei der Mittelstandsvereinigung, bei den Sozialausschüssen, bei der Jungen Union, bei der Frauen-Union, beim RCDS oder wo immer, findet jeder von uns in der Partei ein Stück Heimat. Daraus ziehen wir Kraft für die tägliche Arbeit. Das ist – auch das will ich noch einmal sagen – eine der Voraussetzungen für den engen Schulterschuß mit unserer Schwesterpartei, der CSU.

Wir haben Diskussionen geführt, Beschlüsse gefaßt mit Blick auf ein Steuersystem, das das Land weiterführt, indem sich Leistung wieder mehr lohnt. Wir haben eine erste Debatte geführt – die

schwierigsten Gespräche stehen uns bevor – über eine stabile Alterssicherung angesichts der dramatischen demographischen Umbrüche. Wir haben über Bildung und Forschung gesprochen. Ich lege großen Wert darauf – dies hat Jürgen Rüttgers vorgetragen –, daß Ausbildung, aber auch Bildung ganz allgemein wichtig ist. Denn was die Menschen zusammenführt, ist nicht mit dem bloßen Begriff „Ausbildung“ zu fassen.

Viele haben in der Diskussion wichtige Anregungen gegeben, auch in den einführenden Referaten: Wolfgang Schäuble mit seinem brillanten Vortrag; Theo Waigel in seiner Art – er mag das Wort vom „herben Charme“ zwar nicht; das Herbe hat er heute auch etwas zurückgenommen; sagen wir also: mit beachtlichem schwäbischem Charme –; Norbert Blüm in seiner unvergleichlichen Art, nach dem Motto: Die Diskussion ist völlig offen, aber ein kleines bißchen kann man die Diskussion in die von ihm gewünschte Richtung lenken.

Das ist alte Sozialausschußtradition. Man muß nur lange genug dabei sein, dann kennt man das. Aber so ist er, Gott sei Dank. Einen anderen wollen wir nicht. Auch das gehört dazu.

Jürgen Rüttgers hat in der ihm eigenen Weise seine Ideen vorgetragen

Ich bin froh, daß er dieses Ressort übernommen hat, daß sich da etwas bewegt, und zwar in die richtige Richtung, und daß er zu denen gehört – ich möchte ihn ermutigen, so fortzufahren –, die nicht immer nur darauf schielen, was diese oder jene Fachkonferenz gerade berät, sondern die ihr Handeln vor allem danach ausrichten, was sie selbst nach Gesprächen und Diskussionen und eigenen Überlegungen für richtig halten.

Das alles hat diesen Parteitag als Ganzes geformt. Dafür danke ich

sehr herzlich, auch für die beachtliche Arbeitsbereitschaft hier im Saal unter manchmal nicht ganz einfachen Bedingungen.

Wir haben – ich sage das auch von mir aus – der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft von Hannover zu danken, vor allem unseren Freunden im CDU-Landesverband Niedersachsen. Christian Wulff, Sie haben einen prima Parteitagpräsidenten abgegeben.

Sie sehen, wie das Amt auch formt. Aus dem Anführer der Jungen Union ist jetzt ein Ministerpräsidentenkandidat geworden. Er ist keß geblieben, aber auch klug in den Zwischenbemerkungen. Das freut mich.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, bei Peter Hintze und Hans-Joachim Reck. Peter Hintze kann sich jetzt einem umfassenden Kuchenpaket zuwenden; denn er hat es geschafft. Für einen Generalsekretär ist ein solcher Parteitag eine ziemliche Heimsuchung. Das weiß ich aus vielen Jahren. Herzlichen Dank, Peter Hintze und Hans-Joachim Reck.

Der Sinn eines Parteitages, so wie wir ihn verstehen, ist ja nicht, daß wir erst diskutieren, dann nach Hause gehen und sagen: Das war es. Vielmehr muß das Ergebnis dieser Diskussionen aufgearbeitet werden, müssen die Anregungen aufgenommen werden und in die verschiedensten Ebenen unserer Partei, in die Orts-, Kreis- und Landesverbände, hineingetragen werden.

Sehen Sie, die Steuerreform geht mehr oder minder jeden an. Die Gestaltung der Zukunft hängt mit Steuern zusammen. Ich habe gerade noch – deswegen war ich vorhin nicht hier – ein wichtiges Gespräch mit Repräsentanten des Deutschen Bauernverbandes geführt. Diese Gruppe ist ganz

besonders hart betroffen von der Entwicklung und verdient unsere Sympathie.

Wir haben hier in Hannover auch über das gesprochen, was Millionen und Abermillionen interessiert – die Rentner und die, die vor diesem Lebensabschnitt stehen, ebenso wie die Jungen, die zu Recht mit ihren 20 Jahren sagen: Irgendwie möchte ich schon wissen, wie das im Jahr 2050 aussehen wird, denn ich habe eine gute Chance, dieses Jahr zu erleben.

Noch etwas ist wichtig. Es ist meine herzliche Bitte an Sie alle, daß Sie das, was zu diesen Themen hier gesagt worden ist, was eben auch Jürgen Rüttgers zu Ausbildung, Bildung, Zukunft der Technologie in Deutschland vorgetragen hat, an die Menschen weitergeben, und zwar nicht nur im Zirkel des Kreisvorstandes, sondern auch an die, die vielleicht gar nicht Mitglied sind, die aber in den Dörfern, Gemeinden und Städten uns viel aufmerksamer zuhören, als das möglicherweise früher der Fall war.

Denn die Welt ist schwieriger geworden, und im Gegensatz zu vielen, die behaupten, sie redeten oder schrieben im Namen der Bevölkerung, weiß die große Mehrheit – Theo Waigel hat die Zahlen genannt –, daß es ein paar Minuten vor 12 Uhr ist und daß wir jetzt Entscheidungen treffen müssen. Diese Menschen werden ihren Halt bei denen suchen, die ihr Vertrauen haben.

Vertrauen werden sie zu uns haben – ich habe versucht, das gestern zu sagen –, wenn sie merken, daß wir uns um die besten Antworten bemühen. Das kann man aber nicht, indem man selbstgefällig sagt, ich weiß das schon alles. Da muß man miteinander reden, da muß man Sachverstand heranziehen; man muß seine eigene Arbeit, seine Überlegungen in die Diskussion einbringen.

Wenn wir das dann auch noch, liebe Freunde, mit dem erprobten Kampfgeist der Union machen – wir waren in Wahlkämpfen eigentlich immer recht gut, vor allem dann, wenn wir die erste Scheu überwunden hatten und uns nicht haben einreden lassen, die anderen gewinnen, sondern wenn wir von vornherein sagten, wir gehen unseren Weg, wir schlagen die anderen in der Wahl –, wenn wir geschlossen antreten – nicht weil wir es beschließen, sind wir geschlossen, sondern weil wir es uns erarbeitet haben, weil es unsere Überzeugung ist –, dann habe ich nicht die geringste Angst, daß CDU und CSU, jetzt aber vor allem die CDU Deutschlands, hier versammelt mit ihren Delegierten, in dieser wahrlich epochalen Auseinandersetzung am Ende dieses Jahrhunderts ihre Chance haben und nutzen wird.



Wir müssen dabei wissen: Unsere politischen Gegner werden uns dabei nichts schenken. Die Wegstrecke ist schwierig, die Gangart wird in den nächsten Jahren hart sein. Es ist so, wie Heiner Geißler es gestern bei seiner Vorstellung gesagt hat: Die Lagertheorie hat sich jetzt voll bewährt. Die Koalition der Mitte mit der tragenden Säule der CDU/CSU und FDP steht gegen das Bündnis aus SPD, Grünen und PDS. Lassen Sie sich nicht einreden, das letztere brauchten wir nicht zu erwähnen. Es ist so: Grüne, SPD, PDS.

Wenn wir uns dieses Ziel vor Augen nehmen, dann haben wir die Kraft, den Weg dorthin durchzustehen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimfahrt. Denken Sie noch einmal über das nach, was wir hier gemeinsam beraten und beschlossen haben.

Ich wünsche Ihnen vor allem auch ein Stück Fröhlichkeit. Wenn wir unseren Landsleuten überall in Deutschland begegnen, muß deutlich werden: Wir sind die CDU, wir können hart arbeiten, aber wir haben auch Freude am Leben, und wir gehen nicht in den Keller, um zu lachen. Wir sind eine Partei, die das Schaffen liebt, aber auch Freude am Leben hat. Wir müssen das nicht beschließen, wir sind nun einmal so.

Wir wollen den Parteitag, liebe Freunde, entsprechend unserer großen Tradition mit der Nationalhymne beschließen, die ja – ich empfinde das von Parteitag zu Parteitag stärker – zusammenfaßt, wofür wir stehen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



UiD

32/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.